

GRUENE-DADI.DE

ZUKUNFT MACHEN WIR ZUSAMMEN ökologisch & sozial

Wahlprogramm 2021-2026



INHALT

VORWORT - Zukunft machen wir Zusammen	7
Klima-, Natur-, und Umweltschutz	8
Landwirtschaft und Verbraucherschutz	9
Biologische Vielfalt und Artenschutz in Darmstadt-Dieburg	9
Naturräume – Freiräume erhalten	11
Lichtverschmutzung eindämmen	11
Wasser	12
Klimaschutz und Energie	13
Nachhaltiges Gebäudemanagement	14
Energieeinsparung durch energetische Sanierung & Energiemanagement	14
Holz spielt eine große Rolle	14
Biologische Vielfalt und Artenschutz im Gebäudemanagement	15
Gebäudemanagement in Zeiten von Corona	15
Abfallwirtschaft	16
Nachhaltiges Wirtschaften und Sozialpolitisches Engagement im Bereich Elektroschrott	16
Landschaft schützen – Abfall ist Wertstoff	17
Müllverbrennung muss im Sinne der Kreislaufwirtschaft emissionsarm erfolgen	17
Mobilität	18
Erfolgsgeschichte der DADINA fortschreiben	18
ÖPNV-Erschließung muss integraler Bestandteil von kommunaler Entwicklungsplanung sein	18
Bahnfernverkehr: Neubaustrecke Frankfurt – Mannheim	19
Regionaler Verkehr	19
Lokale Verkehre	19
Mehr attraktive Fahrkarten	20
Vertrieb, Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsmanagement zielgerichtet weiterentwickeln	20
Ausbau der Fahrgastinformation	21
Nachfragebezogene Angebote entwickeln	21
Förderung des Fahrradverkehrs	21
Motorisierten Verkehr auf E-Mobilität umstellen	21
Ortsdurchfahrten: Umbau hat Vorrang vor Neubau von Ortsumfahrungen	22
Neubau von Ortsumfahrungen mit Augenmaß	22
Die Ertüchtigung vorhandener Trassen hat Vorrang	22
Feinstaubreduktion und Lärmaktionsplan als vorrangige Maßnahmen	22
Luftverkehr	23
Digitalisierung für und mit den Menschen gestalten	24
Bildung von Anfang an	26
Kinder im Vorschulbereich	26

Bessere Bildung für Alle	28
KiTas: Städte und Gemeinden in der Verantwortung	28
Gute Schulen – Ganztagschulen	28
Von der Betreuenden Grundschule zur rhythmisierten Ganztagschule	29
Schulen im Digitalen Zeitalter	30
Schwerpunkt MINT	30
Schulentwicklung in der Bildungsregion: gemeinsam mit Darmstadt	30
Schulsozialarbeit in allen Schulstufen	30
Kulturpolitik ist Bildungspolitik	32
Kreisvolkshochschule	32
Vereinsförderung	32
Gegen Extremismus, Gewalt, Rassismus – für Demokratie, Toleranz & Weltoffenheit	32
Information für alle	33
Denkmalschutz und Bewahrung des historischen Erbes	34
Soziales: Teilhabe, Partizipation und Prävention	35
Lokale Sozialpolitik mit Freien Trägern und der Zivilgesellschaft gestalten	35
Alterspezifische Präventions- u. Interventionsketten: Bekämpfung von Kinder- & Familienarmut	36
Die kommunale Familie zusammen mit EU, Land und Bund für eine lokale Daseinsfürsorge	37
Armutsbekämpfung & Prävention: Schuldnerberatung, Gemeinwesen-/Integrationsarbeit stärken	37
Soziale Wohnungspolitik: Bezahlbaren Wohnraum entwickeln & Wohnungslosigkeit bekämpfen	38
Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung – außerbetriebliche Ausbildungen fördern	39
Für einen Sozialen Arbeitsmarkt, mehr Beteiligung & einen runden Tisch zur Armutsbekämpfung	40
Sozialticket: Mobilität für alle	41
Vielfalt der Jugendarbeit wertschätzen und fördern	41
Auf dem Weg zum Inklusiven Landkreis	43
Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist bindendes Recht	43
Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe	43
Inklusion beinhaltet die Einbeziehung aller Menschen in die Gesellschaft	44
Bisherige Anstrengungen zur Inklusion erweitern	44
Menschen mit Beeinträchtigungen gehören mitten in die Gesellschaft	45
Frauenpolitik & Gleichstellung: Rolle vorwärts, statt Rolle rückwärts	46
Frauenförderung und Gender Mainstreaming – sich ergänzende Wege	46
Gender-Budgeting – die geschlechtergerechte Haushaltspolitik	46
Die Frauenkommission des Landkreises	47
Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf	47
Finanzielle Sicherheit	47
Gewaltschutz	47
LSBT*IQ in einem vielfältigen und weltoffenen Landkreis	48
Solidarische Gesellschaft	49

Migration und Integration	50
Für eine menschliche Flüchtlingspolitik und aktive Integrationsarbeit im Landkreis	50
Demografischer Wandel	52
Senior*innenpolitik zwischen Selbstbestimmung und Pflege	52
Gesundheit, Medizinische Versorgung und Prävention	54
Qualitätssicherung durch Personalmanagement	54
Vernetzung und Kooperationen	54
Hebammenversorgung sichern	55
Wirtschaft und Finanzen	56
Sozial-Ökologische Marktwirtschaft und Lebensqualität	56
Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise und ihrer akuten und mittelfristigen Folgen	56
Startup-Standort Hessen/Landkreis Darmstadt-Dieburg	57
Förderung mittelständischer Unternehmen in der Region	57
Der Landkreis als Auftraggeber von Unternehmen in der Region	57
Nachhaltige Finanzpolitik	57
Solide Haushaltsführung	57
Woher nehmen...	58
Haushaltskonsolidierung/Gestaltung	58
Investitionen in die Zukunft	58
Regionale Zusammenarbeit/Regionalentwicklung	59
Klimaziele und Anpassung an den Klimawandel	
im Regionalplan konsequent verfolgen	59
Optimierung der Verwaltung als erster Schritt	60
Radwegeverbindung verbessern	60
Konzeption für Flächen für Rechenzentren entwickeln	60
Konzeption für Flächen für Logistikzentren entwickeln	60
Ausweisung von Flächen für regenerative Energien	61

VORWORT - Zukunft machen wir Zusammen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger im Landkreis Darmstadt-Dieburg, bei der Kreistagswahl am 14. März 2021 bitten wir Sie um Ihre Stimme für einen klimafreundlichen, sozial-gerechten und nachhaltig wirtschaftenden Landkreis Darmstadt-Dieburg. Dafür wollen wir weiterhin Verantwortung in unserem Landkreis übernehmen und an unsere Erfolge anknüpfen.

Wir haben uns vor fünf Jahren zur Kreistagswahl 2016 ein Leitbild gegeben.

Es ist immer noch so aktuell wie damals. Wir wollen:

1. Einen inklusiven Landkreis, in dem Menschen jeden Alters, Geschlecht und Herkunft, Religion, Kultur und Bildungsstand Chancengleichheit und Teilhabe erfahren.
2. Eine Schullandschaft als moderne Lern- und Lebenswelt, in der Lernen Spaß macht und gute Bildung ermöglicht wird.
3. Mobilitätskonzepte, die den Umstieg vom Auto auf klimaschonende und innovative Alternativen erleichtern.
4. Dem Klimawandel entgegenzutreten und die mit ihm verbundenen Herausforderungen anzunehmen und ressourcenschonende zukunftsorientierte Projekte zur Wertschöpfung in der Region initiieren.
5. Naturräume schützen, die Erhaltung der biologischen Vielfalt fördern, ökologische und nachhaltige Landwirtschaft zur regionalen Lebensmittelerzeugung stärken.
6. Weltoffenheit und Vielfalt in unseren Landkreis, damit er so lebens- und liebenswert für uns alle gemeinsam auch in der Zukunft bleibt.

Dazu haben wir uns einiges vorgenommen. Wir wollen den Klimawandel bremsen durch die Mobilitätswende, durch mehr Natur- und Umweltschutz, durch nachhaltiges Bauen, ressourcenschonendes Wirtschaften sowie durch Reduzierung und Recycling des Abfalls.

Unsere Gemeinschaft im Landkreis wollen wir stärken durch mehr Transparenz und Beteiligung, durch gute Bildung von Anfang an und für Alle, durch Freiheit und Sicherheit insbesondere für Minderheiten. Hass und Rassismus dulden wir nicht. Corona hat vieles verändert und gezeigt wie wichtig es ist, zusammenzuhalten und neue Wege zu beschreiten. Die Digitalisierung und Modernisierung von Schulen und Verwaltung ist eine enorme Aufgabe und Chance, die wir weiter ausbauen wollen.

Damit wir das alles umsetzen können, brauchen wir ein starkes Mandat für den nächsten Kreistag 2021-2026. Mit unserem Kreistagswahlprogramm werben wir am 14. März 2021 um Ihre Stimme. Denn: Zukunft machen wir zusammen!

Unter www.gruene-dadi.de können Sie sich weiter informieren.

Sprechen Sie uns an oder folgen Sie uns auf Facebook oder Instagram unter **#gruenedadi**.

Wir stehen für einen GRÜNEN Landkreis, ökologisch und sozial!

Ihre GRÜNEN im Landkreis Darmstadt-Dieburg
Liste 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klima-, Natur-, und Umweltschutz

Der Schutz der Naturräume, der Artenvielfalt und des Landschaftsbildes sind vorrangige politische Ziele der GRÜNEN. Dabei sind die Pflege von Biotopen und eine flächenschonende Baupolitik besonders wichtig. Der Klimawandel muss verlangsamt werden. Wir wollen konsequent daran arbeiten, die Klimaziele zu erreichen, gleichzeitig müssen wir uns aber auch an diesen anpassen, denn die Auswirkungen sind für Mensch und Natur bereits deutlich spürbar, teilweise irreversibel. Die regionale, umweltschonende Erzeugung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten soll ausgebaut werden. Grundwasser- und Gewässerschutz sind weitere wichtige Ziele. Dafür müssen wir die Schadstoffeinträge wie z. B. Nitrat reduzieren, übermäßige Entnahmen sowie Fracking verhindern und den Gewässern natürlichen Raum lassen.

Unsere Ziele:

- CO₂-Ausstoß verringern und CO₂-Bindung verbessern
- Ökologische Landwirtschaft im Kreis ausbauen
- Mehr regionale und ökologisch erzeugte Produkte in kreiseigenen Betrieben fördern
- Artenvielfalt verbessern durch Weiterentwicklung, Pflege und Vernetzung von Biotopen, durch mehr Brachflächen
- Entsiegelung und ökologische Aufwertung von Flächen sowie Fassadenbegrünung
- Flächenverbrauch eindämmen, d.h. bei Bautätigkeit die Nutzung von Flächen im Innenbereich fördern, Versiegelungen im Außenbereich verhindern
- Nitrat- und andere Schadstoffeinträge in Gewässern eindämmen
- Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie
- Grundwasserschutz
- Anpassung an den Klimawandel, z.B. Pflanzung von geeigneten heimischen Arten in Siedlung, im Wald und im Feld. Schaffung von Grüninseln horizontal und vertikal
- Erhalt des Umweltpreises, um herausragende bürgerschaftliche Initiativen anzuerkennen und als Vorbild herauszustellen
- Bewusstseinsbildende Maßnahmen für die Bevölkerung zum Naturschutz fördern

...nur zur Erinnerung:

„Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass sie auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.“

(§ 1, Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz)

Damit werden die übergeordneten Ziele des Umwelt- und Naturschutzes in treffender Weise formuliert. Politisches Handeln soll diesen Zielen folgen und dafür in Planung und Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen geeignete Lösungen suchen. Dies ist meist nicht einfach und muss oft gegen primär wirtschaftliche und konsumorientierte Interessen durchgesetzt werden.

Landwirtschaft und Verbraucherschutz

In der Landwirtschaft stehen wir einer Entwicklung gegenüber, die auf der einen Seite durch falsche EU-Politik und die harte Preiskonkurrenz auf dem Weltmarkt - die meist mit Billiglöhnen und niedrigen sozialen und ökologischen Standards einhergeht - zu immer größeren Natur und Landschaft ausbeutenden Agrarfabriken geführt hat. Kleine Höfe mit bäuerlichen Strukturen sind dabei auf der Strecke geblieben. Auf der anderen Seite gibt es zunehmend mehr Verbraucher*innen, die sich bewusst und gesund ernähren wollen und dadurch eine immer größere Nachfrage nach gesunden, ökologisch produzierten Lebensmitteln auslösen.

Seit das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) unter GRÜNER Leitung steht, wurden verschiedene Initiativen gestartet und Maßnahmen ergriffen, um die ökologische Landwirtschaft in Hessen auszubauen. Erste Erfolge sind erfreulicher Weise sichtbar. Die Ökomodellregion Süd in Hessen, an der der Landkreis Darmstadt-Dieburg beteiligt ist, wurde gegründet. Es gibt verschiedene Initiativen von Gruppen und Einzelpersonen, neue und ökologische Wege bei Anbaumethoden, Vermarktungs- und Arbeitsformen zu gehen.

Die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft und die Beratung dieser Betriebe, ebenso die Vermarktung ihrer Produkte wollen wir auf Kreisebene im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen. Die Industrialisierung der Landwirtschaft muss gestoppt und kleinere, regionale mit der Natur arbeitende Erzeuger müssen gefördert werden.

Der negative Einfluss der Landwirtschaft auf die Biodiversität und Artenvielfalt durch riesige Felder mit Monokulturen muss eingedämmt werden. Unser Landschaftsbild darf künftig nicht von Plastikfolien, Folientunneln und Spezialkulturen dominiert werden. Der natürliche Lebensraum für Tiere und Pflanzen muss trotz spezialisierter und optimierter landwirtschaftlicher Erzeugung erhalten bleiben. Ackerrandstreifen müssen erhalten und ökologisch aufgewertet sowie Brachinseln auf landwirtschaftlichen Äckern eingerichtet werden.

Dazu braucht es eine intensive zielgerichtete Zusammenarbeit mit den Naturschutz- und Landwirtschaftsverbänden sowie den Verbraucherzentralen.

Wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit. Denn schließlich ist die Macht der Verbraucher*innen bei Lebensmitteln wie bei allen wirtschaftlichen Entwicklungen von großer Bedeutung. Auch der Landkreis selbst gehört - u. a. mit den Schulmensen - zu den Großverbrauchern. Deshalb setzt er, abhängig von der jeweiligen Saison, verstärkt auf regional und ökologisch erzeugte Produkte.

Wir GRÜNE wollen in der Region keinen Anbau gentechnisch veränderter, landwirtschaftlicher Produkte. Aufklärung über die Risiken der Agro-Gentechnik hilft insbesondere die Verbraucher zu sensibilisieren.

Biologische Vielfalt und Artenschutz in Darmstadt-Dieburg

Eine der bedeutendsten Umweltgefährdungen weltweit stellt die Abnahme der Artenvielfalt und die damit einhergehenden Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts dar. Jede Region hat dabei ihre besondere Verantwortung, die spezifische einheimische Artenvielfalt zu schützen und zu fördern. Für den Erhalt der Artenvielfalt bedarf es großräumiger, zusammenhängender Freibereiche, die ihrer natürlichen Entwicklung überlassen oder aufgrund von spezifischen Pflegeplänen bewirtschaftet werden. Um einen funktionsfähigen Verbund (Biotopvernetzung) zur Unterstützung der Biodiversität

zu erhalten, bedarf es der Koordinierung und der Beratung der Kommunen durch den Landkreis. Dies betrifft Flächen, die aufgrund von Europa-, Bundes- und Landesrecht geschützt sind, genauso wie planungs- und naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen in den Kommunen.

Dem kommt der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit besonderen Projekten nach. Dabei spielen Konversionsflächen eine herausragende Rolle:

Weitere Naturschutzprojekte, die in den letzten Jahren erfolgreich entwickelt wurden und weiter gepflegt werden müssen:

- **Das Messeler Hügelland:**
Aus einer Bewerbung bei dem bundesweiten Wettbewerb „Idee Natur“ entwickelte sich ein Vorzeigeprojekt mitten im Ballungsraum des Rhein-Main-Gebietes. Das Gebiet entwickelt sich prächtig, braucht dafür aber weitere Pflege.
- **Trockenstandorte und Magerrasen:**
Sandmagerrasenflächen in den Naturräumen Untermainebene bzw. Hessische Rheinebene, Halbtrockenrasen im Bereich des Reinheimer Hügellandes und der Bergstraße.
- **Projekt „Ried und Sand“:**
Im westlichen Landkreis wurden Biotop z. B. durch Anlage von Dünen oder Renaturierung von Bächen erweitert und Vernetzungsstrukturen u. a. mit Hilfe von Beweidung aufgebaut.
- **Hochstamm-Obstbäume und Streuobstwiesen:**
Erhaltung, Neuanpflanzung und Pflege von Hochstamm-Obstbäumen im gesamten Kreisgebiet. Die Anstrengungen zum Ausgleich der vorausgegangenen Verluste müssen fortgesetzt werden.
- **Biberschutz und -management:**
Der Biber fühlt sich im Landkreis wieder heimisch, v.a. an der Gersprenz. Das führt zu einer natürlichen und kostenlosen Renaturierung von Landschaftsbereichen und Bachläufen und einer damit einhergehenden Verbesserung der Artenvielfalt. Konflikte, u.a. mit den Landwirten, bleiben dadurch nicht aus. Hier wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Landkreis mit der Unteren Naturschutzbehörde eine koordinierende und ausgleichende Rolle behält.

Darüber hinaus ist es aber von besonderer Bedeutung, bestehende Biotop nicht zu gefährden oder z. B. durch Baulandausweisung und Straßenbau gar zu zerstören. Genauso müssen Anstrengungen unternommen werden, verlorengegangene Biotop für gefährdete oder verschwundene Arten wieder aufzubauen, zu entwickeln und zu pflegen.

Auch im Innenbereich sowohl auf privaten als auch öffentlichen Flächen und insbesondere auf Flächen des Landkreises müssen ökologische Aufwertungen erfolgen, um sowohl dem Klimawandel entgegen zu wirken als auch dessen Folge abzumildern und das Kleinklima zu verbessern. Zum Schutz der Artenvielfalt ist dies ebenso erforderlich. Konkret kann das bedeuten, Pflaster-, Schotter- und Rasenflächen in Blühflächen umzuwandeln, Nistmöglichkeiten für Vögel und Insekten zu schaffen und Heckenpflanzungen sowie Fassadenbegrünung zu fördern.

Nachwachsende Rohstoffe, u. a. zur Energiegewinnung, betrachten wir grundsätzlich als positiv. Nut-

zen und Risiken, die z. B. im Hinblick auf die Artenvielfalt dabei entstehen können, müssen sorgfältig abgewogen werden. Nachhaltiges Handeln und Wirtschaften heißt, nicht nur kurzfristig zu denken, sondern die Grundlagen für das Gleichgewicht der Ökosysteme langfristig zu schützen, zu erhalten und zu fördern.

Gerät das ökologische Gleichgewicht ins Wanken, sind meist große Anstrengungen nötig, um ein Kippen und langfristige Folgeschäden zu verhindern. Artenschutz kostet Geld, verhindert aber nachhaltig kostenintensive Ausgleichsmaßnahmen. Die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises leistet hier außerordentlich wichtige Arbeit, in dem sie Artenschutz in Kooperation mit Kommunen, Verbänden und dem Land entwickelt, koordiniert und umsetzt, obwohl die gesetzlichen, personellen und finanziellen Möglichkeiten sehr begrenzt sind.

Aktionen zur Einbindung der Bevölkerung in den Naturschutz, wie z.B. durch die Reihe „Ab ins Artenreich“ oder die Vergabe des Umweltpreises müssen erhalten und ausgebaut werden. Die Rückkehr von Feldhamster, Weißstorch und Biber, vermutlich auch von Luchs und Wolf in den Landkreis sind erfreuliche Beweise guter Arbeit. Wobei der Schutz von Weidetieren durch bereits bestehende Programme des Landes Hessen gefördert und bei Bedarf auch ausgebaut werden sollte. Gezielte Artenschutzmaßnahmen sind nur auf der Grundlage gesicherter Erkenntnisse möglich. Hierzu gehören die Kartierungen von Tier- und Pflanzenarten.

Die vorliegenden Kartierungen für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (Amphibienkartierung, Libellenkartierung, Vogelarten/Avifauna, Fledermauskartierung) sind auf weitere gefährdete Arten auszuweiten. Die aus den Erhebungen resultierenden erforderlichen Schutzmaßnahmen zum Erhalt der Biodiversität sind umzusetzen.

Naturräume – Freiräume erhalten

Die Ausweisung von Baugebieten im Außenbereich muss restriktiv behandelt werden. Verstöße, die über rechtmäßige Baugebietsausweisungen zulasten der angrenzenden Frei- und Ausgleichsräume hinausgehen, müssen konsequent verfolgt werden.

Immer größeren Kiesabbau und damit einhergehenden Verlust von Wald und landwirtschaftlichen Flächen wollen wir verhindern.

Die innerörtliche Verdichtung, Nutzungsänderungen und die Konversion von bereits versiegelten Flächen müssen Vorrang vor Bebauung im Außenbereich haben. Illegale Bauten im Außenbereich müssen konsequent verfolgt werden.

Straßenneuanlagen sollen nur bei absoluter Dringlichkeit erfolgen und müssen strengsten Anforderungen hinsichtlich Natur- und Landschaftsschutz genügen.

Nur wenn wir den Flächenfraß und alle damit verbundenen Umweltschäden konsequent beenden, können wir die Klimaziele erreichen.

Lichtverschmutzung eindämmen

Erfreulicherweise gelingt vielfach die Umstellung auf LED-Beleuchtung, die wesentlich weniger Energie verbraucht. Gleichzeitig geht damit vielfach einher, dass neue Bereiche beleuchtet werden oder das Licht viel heller als nötig ist. Das kann sowohl für die Menschen als auch für die Tierwelt sehr beein-

trächtigend sein. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auf kreiseigenen Liegenschaften und in anderen Einflussbereichen des Kreises Lichtverschmutzung vermieden wird.

Wasser

Der Schutz und die Verbesserung der Qualität des Grundwassers und der Oberflächengewässer ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Planungen zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) müssen schnell und konsequent umgesetzt werden, um die oberirdischen Gewässer in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu bringen. Allen Gefährdungen des Grundwassers muss entgegengewirkt werden. Das beginnt bei einer intensiven und ökologisch orientierten Beratung der Landwirtschaft zur Eindämmung von Nitrateinträgen in die Gewässer, geht über Kontrolle der Gewerbebetriebe, um Giftstoffeinträge zu verhindern und endet bei optimierten Kläranlagen zur Reinigung des Wassers von Schadstoffen. Die Entsorgung des Klärschlammes muss dabei so erfolgen, dass möglichst viele verwertbare Stoffe zurückgewonnen werden können und der CO₂-Ausstoß gering gehalten wird. Mit Hilfe von wissenschaftlichen Studien wollen wir klären, welches der beste Weg für den Landkreis ist und diesen konsequent umsetzen.

Zum Grundwasserschutz gehört für uns GRÜNE jedoch auch, dass wir die Bildung von Grundwasser fördern. So sollen Flächen erhalten und geschaffen werden, wo Regen und Oberflächenwasser versickern können. Das bedeutet Überschwemmungsflächen schaffen und Flächenversiegelung durch Bautätigkeit eindämmen und - wo es möglich ist - wieder rückgängig machen. Dies dient gleichzeitig dem Schutz für die Siedlungsgebiete vor Überschwemmung.

Klimaschutz und Energie

Um dem Klimawandel entgegen zu wirken, muss der CO₂-Ausstoß weiter massiv reduziert werden. Dabei haben Energieerzeugung und -verbrauch eine zentrale Bedeutung.

Es wurden auf Initiative der GRÜNEN bereits viele Maßnahmen zur Einsparung von Energie und zum Wechsel auf umweltfreundliche, regenerative Energieträger umgesetzt. Viele der kreiseigenen Gebäude wurden energetisch saniert und weitere Maßnahmen sind im Schulbauprogramm für die kommenden Jahre geplant. Dieser Kurs muss konsequent fortgesetzt werden.

Unsere Ziele:

- Umsetzung der Pariser Ziele in Zusammenarbeit mit den Kommunen: Kreisweite Klimaneutralität bis 2030
- Energetische Sanierungen der kreiseigenen Gebäude zur nachhaltigen Energieeinsparung und CO₂-Reduktion fortsetzen
- Energieeinsparung und Energieeffizienz verbessern
- Dazu innovative Technologien (bspw. Wasserstoff aus regenerativen Energien) nutzen und gleichzeitig energiesparendes Verhalten fördern

Wir GRÜNEN begrüßen und unterstützen den weiteren Ausbau regenerativer Energieformen und den Wechsel zu dezentraler Energieerzeugung in bürgerschaftlichen, kommunalen oder genossenschaftlichen Händen. Wo es Konfliktpotenziale gibt - z. B. mit dem Landschafts- oder Artenschutz - ist es wichtig, die verschiedenen Belange sorgfältig abzuwägen.

Da es keine Form der Energieerzeugung gibt, die keine Nachteile mit sich bringt, ist es unabdingbar, die Möglichkeiten der Energieeinsparung und Energieeffizienz in allen Einflussbereichen des Kreises (das sind u.a. eigene Liegenschaften, ÖPNV, neue Medien...) möglichst weit auszuschöpfen. Der einflussreichste Bereich im Kreis ist das im DaDi-Werk angesiedelte Gebäudemanagement (s. extra Kapitel), mit dem ca. 500 kreiseigene Gebäude betreut werden und das weiterhin ein Vorbild sein und eine Vorreiterrolle einnehmen soll.

Darüber hinaus soll der Kreis durch Öffentlichkeitsarbeit und Beratung auf die Firmen und die Bevölkerung einwirken, damit auch in der Wirtschaft und im privaten Bereich der Energieverbrauch deutlich gesenkt wird, um den CO₂-Ausstoß zu verringern und die Klimaziele zu erreichen.

Durch grüne Initiativen wurde im Landkreis schon viel erreicht. Wir haben hohe Energiestandards bei den kreiseigenen Gebäuden, es erfolgt die Förderung der Elektromobilität auch der Öffentliche Nahverkehr wird kontinuierlich ausgebaut. Diesen Weg wollen wir mit einer starken Fraktion konsequent weitergehen.

Nachhaltiges Gebäudemanagement

Der CO₂-Ausstoß muss zur Eindämmung des Klimawandels und zur Erreichung der Klimaneutralität deutlich reduziert werden. Eine sehr bedeutende Stellschraube dafür ist im Landkreis das Gebäudemanagement. Energetische Sanierungen von Gebäuden und qualifiziertes Energiemanagement sollen weiterhin Grundsäulen des Gebäudemanagements bilden. Schulbau muss nachhaltig und nach Leitlinien erfolgen. Holz hat als Baustoff und Energieträger hervorragende Eigenschaften, die wir auch in Zukunft nutzen wollen. Ein bewusster und nachhaltiger Umgang mit den Gebäuden und Ressourcen an den Schulen soll für die ganze Schulgemeinde Ziel sein. Die Freiflächengestaltung muss nach ökologischen Prinzipien erfolgen und Versiegelung von Flächen auf ein nötiges Minimum reduziert werden.

Unsere Ziele:

- Schulbauprogramm unter energetischen Gesichtspunkten möglichst im Passivhausbau fortsetzen
- Energie- und Ressourcenmanagement fortführen und weiterentwickeln
- Nachhaltiges Bauen mit Holz ermöglichen
- Hohe ökologische Standards an kreiseigenen Gebäuden bei Sanierung und Neubau verwirklichen
- Leitlinien zum Ausgleich der Interessen und zur Gerechtigkeit untereinander
- Projekte zur Umweltbildung an Schulen, um den sparsamen Umgang mit Ressourcen zu lernen
- Fördergelder von Land, Bund und der EU ausschöpfen, um Freiflächen ökologisch aufzuwerten

Energieeinsparung durch energetische Sanierung & Energiemanagement

Der Landkreis hat mit seinen Verwaltungsgebäuden und den 81 Schulen einen Immobilienbestand von fast 500 Einzelgebäuden, der unter ökologischen Gesichtspunkten zu unterhalten ist. In den letzten Jahren konnten wir im Landkreis mit dem Schulbauprogramm und der Sanierung der Verwaltungsgebäude in Dieburg unter der Regie des GRÜN geführten DaDi-Werkes im Hinblick auf energetische Sanierungen deutliche Akzente setzen. Bei einigen Gebäuden wurde Passivhausstandard erreicht, bei allen sanierten Gebäuden konnten hohe Energieeinsparungen erzielt werden. Das im DaDi-Werk installierte Energiemanagement kontrolliert bei allen Gebäuden die Verbräuche, stellt Schwankungen und Leckagen fest, die dann schnell behoben werden können. Zudem sucht es nach weiteren Steuermöglichkeiten zur Reduzierung des Verbrauchs. Neubau- und Sanierungsmaßnahmen erfolgen nach verbindlichen Leitlinien, die ständig aktualisiert und fortentwickelt werden, damit sie den sich verändernden Erfordernissen gerecht werden. Besonders hervorzuheben sind dabei die von den GRÜNEN initiierte Schulbauleitlinie und die Leitlinie Nachhaltiges Bauen.

Holz spielt eine große Rolle

Eine herausragende Rolle im Schulbau spielt aktuell und in Zukunft der Aspekt Holzbau, der in Bezug auf das Raumklima, die energetischen Eigenschaften und die Architektur hohen Ansprüchen genügt. Auch das trägt zur CO₂-Reduktion bei, denn 2% des weltweiten CO₂-Ausstoßes wird durch die Zementherstellung verursacht. Kreiseigene Gebäude in Holzbauweise wurden bereits mit Preisen ausgezeichnet.

Bei den Gebäudesanierungen wurde der Einbau von Holzpellet, bzw. Hackschnitzel-Heizungen geprüft und wenn möglich realisiert.

Biologische Vielfalt und Artenschutz im Gebäudemanagement

Die Gestaltung, Pflege und Unterhaltung der Freiflächen rund um die kreiseigenen Gebäude wie Schulen, Sporthallen und Verwaltungsgebäude sind Bestandteil des Gebäudemanagements. Hier wollen wir uns dafür einsetzen, dass die unter dem Kapitel Klima-, Natur- und Umweltschutz genannten Ziele und Maßnahmen (Versiegelung eindämmen, Artenvielfalt fördern, Fassadenbegrünung...), verwirklicht werden. Unter GRÜNER Führung des DaDi-Werkes wurden in der Vergangenheit zahlreiche Projekte zur Flächenentsiegelung oder Aufwertung von Flächen, z.B. durch Blühwiesen umgesetzt. Diesen Kurs wollen wir konsequent fortsetzen und dabei Fördergelder vom Land, Bund und der EU ausschöpfen. Darüber hinaus tragen solche Maßnahmen an Schulen - am besten mit Beteiligung der Schulgemeinde - zur außerordentlich wichtigen Umweltbildung an Schulen bei.

Gebäudemanagement in Zeiten von Corona

In der Corona-Krise hat sich bewährt, dass bereits viele Gebäude des Landkreises als großer Erfolg der GRÜNEN Leitung des DaDi-Werkes im Passivhausstandard gebaut sind und deshalb eine permanente Zufuhr von Frischluft in die Klassenräume, Flure und Treppenhäuser erfolgt. Das sorgt für ein gutes Raumklima und einen kontinuierlichen Abtransport der Aerosole.

Luftreinigungsgeräte, die die Aerosol-Belastung in den Klassenzimmern gering halten sollen, können einer möglichen Aerosolanreicherung vorbeugen, sind jedoch teuer und weniger effektiv als Stoßlüften. Regelmäßiges Lüften ist deshalb in allen konventionellen Gebäuden unerlässlich. Wo es dennoch sinnvoll erscheint, zusätzliche Luftreinigungsgeräte einzusetzen, wollen wir solche anschaffen und pragmatische Lösungen ermöglichen.

Weite Bereiche der Schulen sind bereits mit W-LAN ausgestattet und die komplette Versorgung wird aktuell vorangetrieben. Dadurch wird eine Kombination von Home-Schooling und Präsenzunterricht in der Krise ermöglicht. Doch die Digitalisierung an den Schulen ist auch für die Zeit nach der Krise unerlässlich. Und deshalb wollen wir uns entschieden für einen Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen einsetzen.

Abfallwirtschaft

Unser vorrangiges Ziel ist es, bestmöglich die Ressourcen zu schonen. Die Abfallvermeidung muss deshalb oberstes Handlungsgebot sein. Von großer Bedeutung ist ebenso die Wiederverwertung von Wertstoffen. Die Bewusstseinsbildung in der Bürgerschaft und in der Wirtschaft muss weiter verbessert werden. Die Zweckverbände und andere Organisationen des Kreises leisten dabei sehr gute Arbeit, die dringend fortgesetzt und weiter entwickelt werden muss.

Unsere Ziele:

- Abfallvermeidung wesentlich verbessern
- Wiederverwertung optimieren
- Erfolgsmodelle wie Getrenntsammlung, Wiederverwertung vieler Stoffe, Mehrwegsysteme... stärken und verbessern
- Illegale Müllablagerungen eindämmen
- Diebstahl von Wertstoffen bei der Einsammlung verhindern
- Initiativen unterstützen, die die Nutzungsdauer von Gegenständen verlängern, z.B. Tauschbörsen, Sozialkaufhäuser, Upcycling-Initiativen...

In den Gremien des DaDi-Werkes, des ZAW, der AZUR und des ZAS, ebenso im Kreisausschuss werden DIE GRÜNEN weiterhin dafür eintreten, die Behandlung, Verwertung und Entsorgung der verschiedenen Abfall- und Wertstoff-Fractionen sowie das Gebührensystem weiter zu entwickeln, um im Landkreis auch in Zukunft ein ökologisch sinnvolles und ökonomisch akzeptables Abfallwirtschaftssystem zu sichern. Der Landkreis war durch GRÜNE Initiative Vorreiter in der getrennten Müllsammlung. Der Landkreis liegt mit seiner Abfalltrennung und Abfallvermeidung bei den Vorreitern in der Bundesrepublik. Mit einem Pro-Kopf-Aufkommen von 71 kg Restmüll war der Landkreis Darmstadt-Dieburg im Jahr 2019 erneut Hessenmeister. Der Hessendurchschnitt lag bei 148 kg pro Nase.

Wir wollen den bestehenden Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAW) - in welchem der Landkreis und die Kommunen des Kreises die Abfallpolitik gemeinsam entscheiden - weiter stärken. Die Abfallvermeidung bleibt wichtigstes Ziel. Dazu muss intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden und alle Steuerungsmöglichkeiten des Kreises müssen genutzt werden.

Die Entsorgungssysteme sollen in der Abwicklung und Kommunikation ihre Bürgerfreundlichkeit weiter ausbauen. Wertstoffe müssen so weit wie möglich einer Wiederverwertung zugeführt werden.

Nachhaltiges Wirtschaften und Sozialpolitisches Engagement im Bereich Elektroschrott

Das Modellprojekt des Landkreises „AZUR“ hat in den letzten Jahren großen Zuspruch gefunden: Gleichzeitig wurden ökologische und soziale Ziele nachhaltig verfolgt. Im Rahmen der Verwertung von Elektroschrott wurden sozialpolitische Ziele in Form von Arbeitsplätzen und Qualifizierung für Langzeitarbeitslose erreicht. Die wichtigen Erfahrungen aus diesem Erfolgsmodell - das Ökologie und Soziales verbindet - wollen wir nutzen, um für die Verwertung von Elektroschrott und anderen Wertstoffen zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln.

Landschaft schützen – Abfall ist Wertstoff

Die Abfallwirtschaft im Landkreis DaDi hat nach wie vor erhebliche Probleme mit Littering (das wilde Ablagern von Müll in der Landschaft). Die Entsorgung von wild abgelagertem Müll kostet jährlich immense Summen. Auf der anderen Seite steht das Problem der illegalen Beraubung des von den privaten Haushalten angemeldeten Abfalls, vor allem beim Elektro-Schrott.

Zum Thema Abfall muss die Bewusstseinsbildung durch Information der Bürgerschaft, über Informationskampagnen, über die Vereine und durch die Schulen verbessert werden. Innovative Ideen und Projekte dafür müssen gefördert werden. Parallel muss der Handel zum Verzicht auf Einweg-Verpackung oder zur Nutzung von wiederverwertbaren oder kompostierbaren Verpackungen aufgerufen werden. Das EU-weite Verbot zum Einsatz von verschiedenen Einwegartikeln aus Plastik muss konsequent kontrolliert werden.

Müllverbrennung muss im Sinne der Kreislaufwirtschaft emissionsarm erfolgen

Im Müllheizkraftwerk in Darmstadt, an dem wir als Mitglied des Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) beteiligt sind, stehen umfassende Veränderungen und große Investitionen an. Wir GRÜNEN wollen uns dafür einsetzen, dass bei künftigen Entscheidungen ökologische Aspekte wie Rückgewinnung von Rohstoffen und Energie, Filterung von Schadstoffen und umweltfreundliche Entsorgung von Schlacken mindestens genauso großes Gewicht wie wirtschaftliche Aspekte haben. Bei künftigen Investitionsentscheidungen im Bereich des ZAS sollen die Klimaschutzziele und die daraus abzuleitenden politischen Rahmenbedingungen der Zukunft berücksichtigt werden.

Wir wollen mit dem ZAS einen Beitrag zur Phosphor-Rückgewinnung aus der zukünftigen Verwertung von Klärschlämmen der Kommunen liefern. Sofern dezentrale Lösungen nicht geeignet sind, ist dafür ein übergreifendes Angebots- und Logistikkonzept für alle Akteure in Südhessen erforderlich. Wir setzen uns für Verfahren ein, welche den Phosphor direkt für die Landwirtschaft nutzbar machen wird.

Mobilität

Wir GRÜNEN wollen die Verkehrswende erreichen und damit zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Die Menschen in der Region wünschen sich ein hohes Maß an Mobilität. Zusätzlich sind Wirtschaftsverkehre erforderlich, um unsere Versorgung zu gewährleisten und in der Region produzierte Güter zu verteilen.

Es gilt, diese Verkehre möglichst umweltverträglich mit angemessenen Kosten zu bewältigen. Der motorisierte Individualverkehr ist dazu aufgrund des Flächenverbrauchs, des CO₂-Ausstoßes, der Schadstoff- und Lärmbelastung sowie des hohen Ressourcenverbrauchs nur bedingt geeignet. Deshalb wollen wir durch Flächenzuordnung das Mobilitätsanfordernis reduzieren (z. B. Einkaufen vor Ort, statt auf der grünen Wiese, ÖPNV-nahe Baugebiete,...), die Infrastruktur für schadstoffarme und ressourcenschonende Verkehrsmittel - insbesondere des Fahrrads - ausbauen und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stärken.

Unsere Ziele:

- Stärkung des gemeinsamen Zweckverbandes (DADINA) als Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr
- Bedarfsgerechte Fortentwicklung der Angebote im öffentlichen Nahverkehr
- Förderung des Fahrradverkehrs durch Verbesserung der fahrradbezogenen Infrastruktur (z. B. Radwege, Abstellanlagen)
- Kombinierte Nutzung bzw. Umstieg zwischen Verkehrssystemen verbessern, z.B. ÖPNV – Fahrrad/ Carsharing – Shuttle on Demand, DaDI-Liner
- Reduzierung der Belastungen durch den motorisierten Durchgangsverkehr. Der Umbau von Ortsdurchfahrten hat dabei Vorrang vor dem Neubau von Ortsumfahrungen
- Zum Schutz der Gesundheit sind Maßnahmen zur Lärm- und Feinstaubreduzierung gemeinsam mit der Stadt Darmstadt zu entwickeln und umzusetzen.
- Ausbau der E-Mobilität z.B. durch Verbesserung der Lade-Infrastruktur
- Umstellung des kreiseigenen Fuhrparks so weit als möglich auf E-Mobilität
- Jobticket für die Mitarbeitenden des Landkreises

Erfolgsgeschichte der DADINA fortschreiben

Der ÖPNV in der Stadt Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist mit jährlich steigenden Fahrgastzahlen ein Erfolgsmodell. Seit vielen Jahren basiert die GRÜNE Politik darauf, das Bus- und Bahn-Angebot so zu verbessern, dass es an den Bedürfnissen der Fahrgäste ausgerichtet wird. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortsetzen. Aufgrund der vorhandenen Verflechtungen ist die Notwendigkeit der interkommunalen Zusammenarbeit beim ÖPNV ganz besonders gegeben.

ÖPNV-Erschließung muss integraler Bestandteil von kommunaler Entwicklungsplanung sein

Von zentraler Bedeutung dabei ist die interkommunal abgestimmte Entwicklung von Siedlungsflächen. Das wurde aufgrund des immer noch vorhandenen Konkurrenzdenkens der Städte und Gemeinden bei der Ausweisung von Bauflächen bisher sträflich vernachlässigt. Die vorrangige Wiedernutzbarmachung von Konversionsflächen als Siedlungsflächen in verkehrsgünstiger Lage ermöglicht durch Anschluss an die Trassen des ÖPNV eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs.

Bahnfernverkehr: Neubaustrecke Frankfurt – Mannheim

Die von der Bahn geplante Neubaustrecke zwischen Frankfurt und Mannheim ist Voraussetzung, um die überlasteten Schienenstrecken zwischen Main und Neckar zu entlasten und damit die erforderlichen Verbesserungen im Schienen-Personenverkehr zu ermöglichen. Außerdem ist sie erforderlich, um die Main-Neckar-Strecke vom Güterverkehr zu entlasten und den Güterverkehr mehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Eine Verknüpfung einer Neubaustrecke mit der Regionalbahn Mainz – Darmstadt – Aschaffenburg sehen wir daher positiv.

Bei der nun erfolgenden Anbindung des Darmstädter Hauptbahnhofes als Bypass zur Neubaustrecke Frankfurt Mannheim, ergeben sich Chancen für einen verbesserten Lärmschutz längs aller Schienentrassen aus den Neuplanungen. Diese Chancen wollen wir nutzen.

Regionaler Verkehr

Wir wollen die Odenwaldbahn als Verkehrsmittel für den Alltags- und Freizeitverkehr stärken und bedarfsgerecht - z. B. durch Verbesserung der Fahrradmitnahme - ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Chancen genutzt werden, ein dichteres Angebot für Direktfahrten nach Frankfurt zu bekommen. Wir werden dafür sorgen, dass die in der "Erbacher Erklärung" aufgezählten Maßnahmen - Verlängerung der Bahnsteige, Einrichtung von zwei neuen Begegnungsstellen, Beschaffung zusätzlicher Fahrzeuge - für die Odenwaldbahn zügig umgesetzt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei einer Neuausschreibung der Bedienung der Strecke umweltfreundliche Fahrzeuge eingesetzt werden. Wir setzen uns für die Freihaltung der Trasse der Gersprenzbahn ein.

Wir wollen möglichst schnell einen Halbstundentakt der Dreieichbahn nach Eppertshausen und Dieburg erreichen. Dafür soll der Bahnhof Eppertshausen ausgebaut werden. Langfristig möchten wir mit dem RMV und dem Land Hessen die Verlängerung der S-Bahnlinie 2 als Neubau von Dietzenbach bis Ober-Roden erreichen. Damit könnte die S2 bis Dieburg geführt werden und perspektivisch über Darmstadt Nord ein Ringschluss zum Hauptbahnhof Darmstadt erreicht werden.

Das hervorragend genutzte Angebot auf den Bahnlinien 60/67/68 zwischen Frankfurt – Darmstadt – Heidelberg- Wiesloch/ Mannheim sowie auf der S3 zwischen Darmstadt und Frankfurt wollen wir sichern und verbessern.

Auf der Bahnlinie 75 zwischen Aschaffenburg – Darmstadt – Mainz/Wiesbaden wollen wir eine Verbesserung beim Fahrplanangebot in Tagesrandlagen und an den Wochenenden sowie einen weiteren Ausbau des Schienennetzes - wie etwa für den Hessen-Express als Direktverbindung - von Darmstadt nach Wiesbaden.

Der zügige barrierefreie und fahrgastfreundliche Ausbau der Haltestellen - ebenso wie der Infrastruktur in ihrem Umfeld hat für uns höchste Priorität.

Lokale Verkehre

Straßenbahn

Zusammen mit dem regionalen Schienenverkehr, stellt insbesondere das lokale Straßenbahnnetz das Rückgrat des ÖPNV im DADINA-Gebiet dar. Die Straßenbahn ist eines der ältesten elektrischen Verkehrsmittel, und ist mit Ökostrom betrieben eines der klimafreundlichsten Verkehrsmittel. Darüber hinaus steht sie allen Bevölkerungsgruppen offen und bietet im Lokalverkehr eine hohe Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit.

Wir wollen die Straßenbahnverbindungen durch einen attraktiven Takt, schnelle Verbindungen und direkte Umsteigemöglichkeiten, bequeme und sichere Fahrzeuge sowie barrierefreie und fahrgastfreundliche Zugänge verbessern und gezielt ausbauen. Wir stehen daher hinter dem aktuell beschlossenen neuen Verkehrskonzept für die Straßenbahnen in Darmstadt und Darmstadt-Dieburg, mit der die Verkehrsleistung auch im Kreis erheblich angehoben wird. Wir stehen hinter der beschlossenen Anschaffung neuer moderner Fahrzeuge mit einem noch höheren Fassungsvermögen.

Die Busverbindungen in den östlichen Landkreis sind in den Bedienungskorridoren an ihrer Leistungsgrenze. Um das ÖPNV-Angebot dort zu sichern und auszubauen, ist ein leistungsfähigeres System notwendig. Die Straßenbahn ist nachweislich das dafür bestgeeignete Verkehrsmittel.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass mittels der neu gegründeten Planungsgesellschaft STRADADI zusammen mit der Stadt Darmstadt und der HEAG mobilo eine Straßenbahnlinie nach Roßdorf und Groß-Zimmern konkret wird. Wir sind der Überzeugung, dass auch eine Erweiterung des Schienennetzes nach Weiterstadt und eine Straßenbahnverlängerung in Griesheim wichtige Entwicklungsschritte für eine Mobilitätswende für den Landkreis wären.

Busverkehr

Unser Ziel ist es, bei der Neuvergabe von Linienkonzessionen Busse der jeweils besten am Markt verfügbaren Standards für Qualität, Umwelt und Barrierefreiheit einzusetzen. Wir setzen uns über unser Unternehmen HEAG-mobilo dafür ein, dass Elektrobusse zum neuen Standard werden.

Für umsteigefreie Verbindung zwischen den Kommunen untereinander und die Verknüpfung mit den Verkehrsangeboten angrenzender Landkreise werden wir uns einsetzen.

Mehr attraktive Fahrkarten

Einnahmezuwächse wollen wir durch Fahrgastzuwächse und attraktive Tarifangebote erreichen. Ergänzend zum Semesterticket für Studierende, dem Schülerticket Hessen für Schüler und Auszubildende und dem Seniorenticket Hessen, wollen wir uns weiterhin für attraktive Job- und Kombitickets einsetzen und lokale Angebote schaffen. Die Digitalisierung der Fahrkarte - unter Beibehaltung der analogen - erlaubt eine Vielzahl von passgenauen Angeboten. Wir setzen uns für die Anschaffung von Prepaid-Fahrkarten ein, die ein attraktives Angebot sein können für Fahrgäste, für die sich keine Zeitkarte lohnt.

Vertrieb, Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsmanagement zielgerichtet weiterentwickeln

Neue Formen des Vertriebs und den Aufbau einer zeitgemäßen Vertriebsinfrastruktur halten wir für notwendig. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Nutzung neuer Medien zum Fahrkartenerwerb ein und sehen insbesondere den Bedarf einer unternehmensübergreifenden Umsetzung. Wir setzen uns für eine konsequente Weiterentwicklung der RMV-App ein, welche die Vorteile der lokalen Lösungen einzelner Verkehrsbetriebe integriert.

Die Verkehrsinfrastruktur muss weiter verbessert werden durch den Ausbau von Niederflurhaltestellen mit angemessenem Wetterschutz, um eine attraktive Zugangsmöglichkeit zum ÖPNV für alle sicher zu stellen.

Ausbau der Fahrgastinformation

Den Ausbau der dynamischen Fahrgastinformation an den Haltestellen im Landkreis sehen wir als besonders dringlich an. Insbesondere in den ländlichen Gebieten mit geringer Fahrtenfrequenz und/oder fehlender Taktung sind Informationen über die Abfahrt der nächsten Fahrzeuge - und im Störfall über Alternativen - für die Fahrgäste von erheblicher Bedeutung.

Nachfragebezogene Angebote entwickeln

Uns ist bewusst, dass Angebote im öffentlichen Personennahverkehr nicht jederzeit und an allen Orten regelmäßig verfügbar sein können. Gerade in weniger dicht besiedelten Teilen des Landkreises, an Wochenenden und in Tagesrandzeiten können wenig nachgefragte Angebote nicht vollumfänglich aufrechterhalten werden. Für diese Bedarfe an öffentlichen Verkehrsdienstleistungen bieten sich flexible nachfragebezogene Systeme an. Durch die neuen Medien konnten sie verstärkt eingeführt werden und erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Wir unterstützen deshalb den Aufbau eines On-Demand-Shuttles mit HEAGmobilo, den sog. DaDi-Liner, sowie Organisationsstrukturen für Fahrgemeinschaften und Mitfahrgelegenheiten.

Förderung des Fahrradverkehrs

Aufgrund der Veränderungen von Mobilitätsbedarf und -verhalten - z. B. durch E-Bikes - werden geänderte Ausbauvarianten im Straßenbau zu entwickeln sein, die insbesondere Angebote für den täglichen Pendlerverkehr zwischen benachbarten Orten beinhalten. Wir werden uns dafür engagieren, dass die durch den GRÜNEN Hessischen Verkehrsminister jährlich für die Stärkung des überörtlichen Radverkehrs zur Verfügung gestellten Gelder für deren Planung und Herstellung eingesetzt werden. Auf GRÜNE Initiative hin wurde ein Radverkehrskonzept für den Landkreis erarbeitet und beschlossen, das den jeweiligen Baulastträgern Vorschläge für die Verbesserung des Radverkehrsangebotes macht. Wir werden uns auf allen Ebenen in unserem Einflussbereich für die Umsetzung einsetzen.

Um die Attraktivität der Freizeitgestaltung mit dem Fahrrad in unserem Landkreis weiter zu erhöhen, werden wir uns auch darum kümmern, dass das Radwanderwegenetz außerhalb der Ortschaften und abseits der klassifizierten Straßen verbessert wird. Der im Norden von Darmstadt begonnene Rad-schnellweg muss auch im Landkreis südlich von Darmstadt seine Fortsetzung finden.

Die laufenden Planungen des Schulradwegenetzes für weiterführende Schulen werden wir fortsetzen und an den Schulen für ausreichende Fahrradstellplätze sorgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass an den Haltestellen des ÖPNV geeignete Abstellanlagen für Fahrräder einschließlich Boxen mit Stromanschluss bereitgestellt werden.

Motorisierten Verkehr auf E-Mobilität umstellen

Um den Ausstoß von CO₂ und anderen Schadstoffen im Verkehr deutlich zu reduzieren, wollen wir GRÜNEN die Elektromobilität voranbringen. Das bedeutet, dass wir den kreiseigenen Fuhrpark nach und nach auf E-Fahrzeuge umstellen wollen. Genauso soll die DADINA im Busverkehr auf E-Antriebe umstellen. Um die Firmen und Privatpersonen beim Umstieg auf Elektrofahrzeuge zu unterstützen muss die Ladeinfrastruktur verbessert werden. Wir wollen uns dafür engagieren, dass auf möglichst vielen kreiseigenen Liegenschaften Elektro-Ladesäulen zur Verfügung stehen. Fördermittel des Landes und des Bundes sollen konsequent beantragt und ausgeschöpft, Kooperationen mit Energieversorgern vereinbart werden.

Ortsdurchfahrten: Umbau hat Vorrang vor Neubau von Ortsumfahrungen

Unverträglichkeiten in den Ortsdurchfahrten liegen u. E. vor, wenn in Straßen mit überwiegender Wohnnutzung oder sensiblen Infrastruktureinrichtungen (Schulen, KIGA) hohe Verkehrsbelastungen auftreten, wenn die Flächen für Fußgänger und Radfahrer eingeschränkt sind und wenn Querungsangebote fehlen.

In ca. 60 % der im Rahmen einer Verkehrsuntersuchung betrachteten Ortsdurchfahrten im Landkreis besteht Handlungsbedarf. Durch die Anordnung einer angemessenen Geschwindigkeit (30 km/h statt 50 km/h), die Unterbindung von Parken auf den Gehwegen und (zeitweise) LKW-Fahrverbote kann schon ein Großteil der Probleme ohne bauliche Veränderung behoben werden.

Ampeln, Umgestaltung zu verkehrsberuhigten Geschäftsbereichen (Tempo 20) und weiterführend zu Mischflächen (Shared Spaces) sowie die Verbreiterung von Geh- und Radwegen zulasten der Verkehrsfläche für den motorisierten Verkehr sind bauliche Maßnahmen, die der ansässigen Bevölkerung dienen und überregionalen Verkehr verhindern.

Neubau von Ortsumfahrungen mit Augenmaß

DIE GRÜNEN setzen sich grundsätzlich für eine Verlagerung von öffentlichen Investitionsmitteln aus dem Bereich Straßenverkehr in den Öffentlichen Personennahverkehr ein. Der durch knappe öffentliche Kassen entstandene Investitionsstau ist jedoch auch im Straßenbereich unübersehbar und erfordert einen stetigen Mittelfluss. Vor dem Hintergrund der immer gewaltiger werdenden Aufgabe, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten, lehnen DIE GRÜNEN den Neubau von Straßen grundsätzlich ab.

Straßenneubau wird durch uns nur dann und im Einzelfall politisch unterstützt, wenn für die betroffene Wohnbevölkerung der Gemeinden eine deutliche Entlastung stattfindet, die auf anderem Weg nicht erreicht werden kann, wenn die Landschaftsschäden gering sind und wenn die neue Straße den Anteil am Gesamtverkehr nicht zugunsten des motorisierten Individualverkehrs verändert. Aus unserer Sicht gehört dazu die Ortsumfahrung Ober-Ramstadt, OT Hahn.

Die Ertüchtigung vorhandener Trassen hat Vorrang

Bezüglich des Ausbaus der B26 nach Osten und der B45 in den Odenwald werden wir uns für ressourcenschonende Planungen einsetzen. Darunter verstehen wir minimierte, intelligente Lösungen mit wechselnden Überholspuren und Kreisverkehren unter Beibehaltung vorhandener Trassen. Einer notwendigen Ertüchtigung des vorhandenen Straßennetzes wollen wir nicht im Wege stehen.

Feinstaubreduktion und Lärmaktionsplan als vorrangige Maßnahmen

Die Einführung der europäischen Richtlinie zur Begrenzung des Feinstaubs und der Minimierung der Stickoxid-Belastung stellt den Landkreis Darmstadt-Dieburg und einen Teil seiner Gemeinden vor eine neue Herausforderung.

Der Landkreis muss gemeinsam mit der Stadt Darmstadt verantwortungsbewusst handeln, denn an den Grenzwertüberschreitungen in Darmstadt haben die Landkreisbevölkerung und der Wirtschaftsverkehr des Landkreises Anteil.

Eine Minderung der Feinstaubbelastung erfordert deshalb ein integriertes Konzept mit der Stadt Darmstadt. Eine Senkung der Werte unter die gesundheitsschädlichen Schwellenwerte sollte deshalb

in erster Linie durch Vermeidung und nicht durch Verlagerung erzielt werden. Eine Förderung der E-Mobilität sowohl im Bereich des ÖPNV als auch beim Individualverkehr ist daher notwendig.

Die gesundheitsschädigende Wirkung von Lärm ist unbestritten. Verkehrslärm beeinträchtigt die Menschen in ihrer Lebensqualität und macht nicht an den Stadt- und/oder Gemeindegrenzen halt. Der Lärmaktionsplan Südhessen - Teilplan Straßenverkehr - enthält wirksame Maßnahmenbündel zur Lärmreduzierung. Sie beziehen sich sowohl auf Maßnahmen der Fahrzeughersteller und des Lärmschutzes an Straßen als auch auf Regelungen zum Verkehrsverhalten. Die Maßnahmen sind konzertiert und ortsübergreifend einzusetzen, um Mobilität und Gesundheit in Einklang zu bringen.

Luftverkehr

Eine klimaneutrale Weltwirtschaft kann nicht mit ungebremstem Flugverkehr funktionieren. Flugverkehr muss durch konsequentes Verlagern von Kurzstreckenflügen auf die Bahn reduziert werden. Der regionale Beitrag für eine Reduktion der Flugbewegungen ist die Unterstützung und Förderung des konsequenten Ausbaus von Schieneninfrastruktur. Durch eine weltweite Besteuerung des CO₂-Ausstoßes muss der Flugverkehr an der Finanzierung der Reduktion klimaschädlicher Gase beteiligt werden.

Die GRÜNEN setzen sich schon seit ihrem Bestehen gegen eine Ausweitung des Flugverkehrs ein. Im Kreis-Darmstadt Dieburg ist die Auseinandersetzung um den Ausbau der Startbahn West unvergessen. Auch die Ausweitungen des Flughafens Frankfurt in den darauffolgenden Jahrzehnten haben die Grünen zu verhindern versucht. Das Terminal 2, die Landebahn Nordwest und das geplante 3. Terminal Süd machen den Frankfurter Flughafen zu einem der größten Drehkreuze der Welt. Die Zahl der Flugbewegungen über dem Landkreis Darmstadt-Dieburg hat daher in den letzten Jahren stetig zugenommen. Ähnlich wie in anderen Verkehrsbereichen werden dabei die technischen Verbesserungen durch leisere Flugzeuge und genauere Abflüge durch die Zunahme an Flugbewegungen zunichte gemacht.

Die GRÜNEN werden sich weiterhin über die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt gegen eine Erweiterung des Flughafens einsetzen. Der Landkreis soll sich an allen juristischen Schritten der anliegenden Kommunen gegen Flughafenerweiterungen beteiligen. Die GRÜNEN fordern höhere Start- und Landegebühren im Besonderen für lautere Flugzeuge, aus deren Aufkommen Lärmschutzmaßnahmen an privaten Gebäuden finanziert werden können. Unsere alte Forderung - wonach eine Flughafen-Nacht von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens dauern muss - erhalten wir aufrecht.

Die GRÜNEN sprechen sich gegen jede räumliche und verkehrliche Erweiterung des Regionalflughafens Egelsbach aus. Eine Ausweitung des Flugverkehrs durch private Flugzeuge ist klimapolitisch falsch und im hochverdichteten Rhein-Main-Gebiet nicht verträglich integrierbar.

Die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft und der Verzicht von vielen privaten Flugreisen während der Corona-Krise - die zu einer massiven Reduktion des Fluglärms und der Schadstoff-Emissionen durch den Flugverkehr geführt haben - müssen auch nach der Krise beibehalten werden. In der Wirtschaft kann die Digitalisierung zur Reduzierung des Flugverkehrs auch nach der Corona-Krise beitragen. Gleiches gilt für eine mögliche Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung. Diese Chance in der Krise gilt es auch im Kreis zu unterstützen.

Digitalisierung für und mit den Menschen gestalten

Die Digitalisierung als Wandel von analogen in digitale Formate hat inzwischen fast jeden Winkel unseres Lebens erreicht. Wir wollen als GRÜNE diesen Prozess zusammen mit den Kommunen, den Einwohner*innen und der Wirtschaft aktiv begleiten und eine Teilhabe aller ohne Ausgrenzung ermöglichen.

Unsere Ziele:

- Verwaltungsleistungen digital anbieten
- Datensicherheit schaffen
- Glasfaserausbau bis ans Haus
- Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen
- Digitalisierung zur Einsparung von CO2 und anderen Emissionen nutzen

Mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) gibt es eine klare Vorgabe, bis zum Ende des Jahres 2022 alle Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Die zur Umsetzung schon gestartete interkommunale Zusammenarbeit verschiedener Kommunen wollen wir weiter ausbauen, um allen Kommunen im Kreis eine Umsetzung zu ermöglichen.

Durch die Digitalisierung der Verwaltung entsteht eine Vielzahl von Daten. Diese gilt es mit allen verfügbaren Maßnahmen der IT-Sicherheit zu schützen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auch auf die Schulung der Mitarbeiter*innen setzen.

Die Daten erlauben durch eine mögliche Verknüpfung auch, Prozesse und Abläufe zu verbessern. Hierfür ist ein Daten austauschen zwischen den Kommunen aber auch innerhalb der Kreisverwaltung nötig. Gleichzeitig wollen wir es den Bürger*innen mit einer Informationsfreiheitsgesetz ermöglichen, die erhobenen Daten abfragen zu können.

Basis der Digitalisierung ist ein zukunftsfähiger Anschluss an das Internet. Mit dem Zweckverband „NGA-Netz Darmstadt-Dieburg“ konnte erfolgreich eine Grundversorgung des Landkreises erreicht werden. Aber nicht erst durch die Corona-Krise merken wir, dass dies kein Ziel sondern nur ein Zwischenschritt war. Begleitend zum Ziel der hessischen Landesregierung, bis zum Jahr 2030 einen flächendeckenden „Fiber-to-the-Home“ (FTTH / Glasfaser) Ausbau zu schaffen wollen wir im Kreis unsere Möglichkeiten für einen Ausbau weiter nutzen.

Zugang zum Internet sollte überall möglich sein, nicht nur in den eigenen vier Wänden. Wir GRÜNE sehen uns dabei als Partner der Freifunk-Initiativen, die in vielen Kommunen schon W-LAN zur Verfügung stellen. Statt ein eigenes W-LAN aufzubauen, ist es wesentlich sinnvoller, dieses ehrenamtliche Engagement zu fördern und zusammen mit den Freifunkern das Netz weiter zu vergrößern.

Eine gelungene Digitalisierung setzt neben der Hard- und Software auch Menschen voraus, die mit den damit einhergehenden Möglichkeiten umgehen können. Der wichtigste Ort hierfür ist die Schule. Hier ist der Kreis für die technische Infrastruktur - die Grundvoraussetzung für pädagogisches Handeln ist - zuständig. Diese wollen wir möglichst schnell schaffen, indem wir die Schulen komplett mit W-LAN ausstatten und mit Hilfe von Fördermitteln digitale Endgeräte zur Verfügung zu stellen. Als Schulträger wollen wir GRÜNE dazu eine personelle Infrastruktur schaffen, welche sich um Wartung und Updates an den Schulen kümmert.

Die Corona-Krise hat die Digitalisierung immens vorangebracht. Es hat sich gezeigt, dass viele Veranstaltungen - wie Vorträge und Fortbildungen, Konferenzen, Besprechungen und vieles andere - digital stattfinden können. Nicht nur lange Anfahrtswege, damit verbundene Zeit und Emissionen, Räume... können eingespart werden. Wir wollen diese Erfahrungen und Chancen für die Zukunft nutzen, um mit Hilfe der Digitalisierung den CO₂-Ausstoß im Landkreis einzudämmen und zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Die Strukturen wollen wir entsprechend anpassen.

Die Digitalisierung darf jedoch nicht dazu führen, dass Menschen von der Teilhabe ausgeschlossen werden. Deshalb wollen wir uns für Barrierefreiheit bei der Digitalisierung stark machen.

Bildung von Anfang an

Die Verantwortung für Kinder, die im Landkreis aufwachsen, beginnt schon vor der Geburt durch Angebote für Schwangere und Familien, die sich auch außerhalb der bestehenden Gesundheitssysteme in Institutionen wie Kindertagesstätten und Schulen oder in deren Umfeld befinden. Früherkennung, Gesundheitsvorsorge und präventive Angebote werden weiter unterstützt und gefördert. Die bereits bestehenden Familienzentren - deren Gründung vom Landkreis mit initiiert und unterstützt wurden - brauchen eine weitere Verbreitung, da sie eine wichtige Verbindung von institutioneller Kinderbetreuung und weiteren Unterstützungsleistungen für Eltern bieten.

Unsere Ziele:

- Im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist ein umfassendes Betreuungs- und Bildungsangebot für alle Kinder bereitzustellen
- Das Modell der Familienhebamme muss evaluiert werden und ist bei Bedarf auszuweiten
- Die frühen Hilfen und die Familienzentren sind sozialraumorientiert weiterzuentwickeln
- Die Kindertagespflege ist als ein wichtiger komplementärer Baustein im Betreuungsangebot des Kreises auszubauen und Bedarf einer angemessenen Förderung und Absicherung

Kinder im Vorschulbereich

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg bietet gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein umfassendes und bedarfsgerechtes Betreuungs- und Bildungsangebot für alle Kinder von Anfang an.

Interprofessionelle Dialoge zum Wohl der Kinder können von der Ebene der Kreisverwaltung angestoßen werden. Am interprofessionellen Dialog beteiligen sich möglichst viele Professionen „rund ums Kind“.

Die Verantwortung für Kinder, die im Kreis Darmstadt-Dieburg aufwachsen, beginnt schon vor und bei der Geburt. Hier spielen die Hebammen in Kliniken, Geburtshäusern, freiberufliche Hebammen eine wichtige Rolle. Die Frühförderung, Frühbetreuung, die Frühen Hilfen und Familienhebammen sind weitere Bausteine.

Ebenso sollten gesundheitsfördernden Angebote wie Schwangerenvorsorge, Früherkennungsuntersuchungen sowie Schutzimpfungen den Eltern weiter verstärkt angeboten werden. Besonders wirkungsvoll sind sie dann, wenn sie integraler Bestandteil der Bildungseinrichtungen sind und diese über die Angebote informieren. Kindertagesstätten und Schulen haben hier eine wichtige Funktion, da sie unterschiedliche Milieus, soziale Unterschiede und Bildungsvoraussetzungen der Eltern ein Stück weit ausgleichen können.

Der weitere Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren ist in dieser Hinsicht besonders wichtig und von nicht zu unterschätzendem Wert. In Familienzentren, die sich in den Sozialraum ihres Gemeinwesens öffnen, finden Menschen Begegnung, Beratung, Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder, Elternbildung, sowie Freizeitangebote und altersspezifische Angebote.

Neben den Kindertagesstätten, Kindergärten und Krippen ist die Kindertagespflege ein wichtiger Baustein in der U3 Betreuungslandschaft, da diese es Eltern ermöglicht, Beruf und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen, z. B. bei Kleinstkindern oder um Randzeiten abzudecken. Zum Ende der Wahlperiode ist es gelungen, die Satzung zur Förderung der Kindertagespflege so zu gestalten, dass die Leistungen besser bezahlt werden und Qualitätsstandards u.a. durch entsprechende Fortbildungsan-

gebote verbessert werden. Den begonnenen quantitativen und qualitativen Ausbau gilt es im Rahmen des Beteiligungsprozesses im Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit den Vertreter*innen der Kindertagespflegestellen fortzusetzen, zu stärken und zu beschleunigen. Hierzu zählen Modelle wie die Dynamisierung der Förderbeiträge, die Entwicklung geeigneter Vertretungskonzepte im Krankheitsfall aber auch vielfältigere pädagogische Ansätze.

Bessere Bildung für Alle

Das beinhaltet für uns GRÜNE nicht nur Schule sondern: frühkindliche Erziehung, Schule mit Ganztagsbetreuung (z. B. im Pakt für den Nachmittag), Inklusion, Volkshochschule, berufliche Bildung und/oder Studium. Bildung bedeutet lebenslanges Lernen als ein wesentliches Element für Chancengleichheit und Gerechtigkeit, für Demokratie, sozialen Zusammenhalt und für die persönliche Zukunft jedes Einzelnen.

Unsere Vision:

Ein inklusiver Landkreis, in dem Menschen jeden Alters und Geschlechts, jeder Herkunft, Religion, Kultur und jeden Bildungsstandes, Chancengleichheit und Teilhabe erfahren. Dazu gehören auch attraktive, gesunde Schulgebäude mit zeitgemäßer Ausstattung. Dies zusammen definiert maßgeblich die bildungspolitischen Ziele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Unsere Ziele:

- Übernahme aller Grundschulen in den Pakt für den Nachmittag und damit Schritt für Schritt in die rhythmisierte Ganztagschule
- Weitere Umsetzung des Schulbau- und Schulsanierungsprogramms
- Offene Lernlandschaften, Jahrgangsbereiche und Mensen, die ein gesundes Essen aus der Region anbieten
- Alle Schulen mit schnellem Internet, WLAN und Smartboards in zwei Jahren ins digitale Zeitalter führen
- Gemeinsame Schulentwicklung mit der Stadt Darmstadt weiterverfolgen
- Schulsozialarbeit in allen Schulstufen

KiTas: Städte und Gemeinden in der Verantwortung

DIE GRÜNEN in ihrer Gemeinde sind Garanten für gut ausgestattete Kindertagesstätten. Der Landkreis hat die Aufgabe Zulassungen zu erteilen - er leitet Bundes- und Landesinvestitionsförderungen weiter und er hat über die Jugendhilfestatistik steuernde und beratende Aufgaben - für die Städte und Gemeinden. Wir wollen im Rahmen dieser Aufgabenteilung die Quantität der Plätze und die Qualität der Angebote sicherstellen und erhöhen, indem der Landkreis für seinen Teil die benötigten Leistungen - wie Informationen und Beratung auf Augenhöhe und mit ausreichender Personaldecke - gestaltet. Aber es bleibt dabei: Bau und Betrieb von Kinderkrippen (von 0 – 3 Jahre) und Kindergärten (3 – 6 Jahre) liegen in der Verantwortung der Städte und Gemeinden. Sprechen Sie Ihre Kandidat*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor Ort konkret darauf an.

Gute Schulen – Ganztagschulen

Unser Ziel sind moderne Wohlfühl-Ganztagschulen! Dafür wollen wir GRÜNE weiterhin an der Gestaltung der Schullandschaft im Landkreis Darmstadt-Dieburg mitarbeiten. Schulen als gesunde, modern ausgestattete Lern- und Lebenswelten sind eine wesentliche Voraussetzung, damit Lernen Spaß macht und gute Bildung ermöglicht wird.

Von der Betreuenden Grundschule zur rhythmisierten Ganztagschule

Der überwiegende Teil der Grundschulen im Kreis befindet sich mittlerweile im Pakt für den Nachmittag. Die Nachfrage nach Plätzen steigt. Der Kreis hat die Betreuung in eigener Regie professionalisiert und eine solide Finanzierung des Modells sichergestellt.

Nun steht der nächste Schritt an. Wir wollen dem Weg der Schloss-Schule Gräfenhausen als erste Rhythmisierte Grundschule folgen, d.h. eine Anwesenheit aller Kinder bis 14:30 Uhr an ausgewählten Standorten ermöglichen. Hierfür wollen wir zusammen mit der Bildungsregion und dem Land Hessen ein neues Modell ins Leben rufen.

Der Schulalltag soll einen Rhythmus bekommen, der nicht nur aus Lern-, Essens-, Hausaufgaben- und AG-Blöcken besteht, sondern als eine pädagogische Einheit gelebt wird. Eine Rhythmisierung des Schulalltags bringt nicht nur für die Schüler*innen Vorteile, sondern hilft auch den Lehrkräften durch Entzerrung des Lernalltags den Stress zu reduzieren. Die Eltern können - ohne Hausaufgaben betreuen zu müssen - die gemeinsame Zeit mit den Kindern genießen.

Dafür sind die Schulen entsprechend zu gestalten und auszustatten: Das größte Schulbau- und Schulsanierungsprogramm das der Landkreis Darmstadt-Dieburg je umgesetzt hat, wurde von uns GRÜNEN initiiert und in den letzten Jahren vorbildlich und viel beachtet umgesetzt. Nach einem langsam absinkenden Investitionsvolumen in den vergangenen Jahren muss dieses wieder erheblich angehoben werden, um die bislang unsanierten Schulstandorte in absehbarer Zeit verbessern zu können. Die Sanierung der Schulen und deren Erweiterung für Mittagessensversorgung, Inklusion und Aufenthaltsräume ist eine sehr wichtige gesellschaftlichen Aufgabe der Zukunft. Sanierte und funktionstüchtige Schulen sind ein wichtiger Beitrag für die Chancengerechtigkeit und damit für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Unsere wirtschaftliche Entwicklung ist mehr denn je mit guter Bildung verknüpft.

Nicht zuletzt um vergleichbare Standards an allen 81 Schulen des Landkreises zu erreichen, wurden Leitlinien entwickelt. Sowohl für die Ausstattung der Unterrichts- und Fachräume, als auch für die Schulhöfe und Außenanlagen - und insbesondere für die Raumprogramme der verschiedenen Schulformen - legen die Leitlinien Standards fest. Auf dem Weg zur rhythmisierten – bis 14:30 Uhr verbindlichen – Ganztagschule sind neue Raumkonzepte unabdingbar.

Offene Lernlandschaften, Jahrgangsbereiche und Mensen, die ein gesundes Essen aus der Region anbieten, sehen wir als Voraussetzung, um zeitgemäße pädagogische Konzepte unter Einschluss der Inklusion realisieren zu können. Dabei muss auch den Veränderungen im Tagesablauf der Lehrkräfte Rechnung getragen werden, die dann mehr Zeit an der Schule verbringen und entsprechend geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung haben müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ganzheitliche, inklusive Schulsysteme – ohne Selektion und mit offenen Lernstrukturen – die für zehn Schuljahre ein gemeinsames Lernen für alle Schüler*innen vorsehen und eine individuelle Förderung entsprechend den Kompetenzen und Erfordernissen des einzelnen Kindes ermöglichen.

Jedes Kind soll Schwimmen lernen – das gehört für uns selbstverständlich dazu. Der Kreis Darmstadt-Dieburg wird dies in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Vereinen auch weiterhin sicherstellen.

Schulen im Digitalen Zeitalter

Der Digitalpakt von Bund und Ländern unterstützt den Kreis bei der Verbesserung der technischen Infrastruktur an allen Schulen des Landkreises. Wir wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre alle Schulstandorte an das schnelle Internet anschließen und alle wesentlichen Unterrichtsräume mit WLAN versorgen. Weil der Landkreis in den letzten Jahren schon hohe Investitionen in digitale Ausstattung getätigt hat, verfügen die meisten Schulen bereits über WLAN und schnelles Internet. Bislang hat die Hälfte aller Unterrichtsräume eine digitale Tafel. Innerhalb von 2 Jahren wollen wir jeden Klassenraum damit ausstatten.

Durch die Corona-Pandemie wurde deutlich, dass mit einer Versorgung aller Schüler*innen mit Endgeräten nur ein Teil der erforderlichen Entwicklung geleistet sein wird. Wir wollen für alle Geräte eine sichere und einheitliche Austauschplattform mit einrichten, mit der auch ein Fernunterricht störungsfrei gelingen kann. Wir brauchen mehr Fachpersonal für die Betreuung der digitalen Einrichtung an Schulen und wollen dazu beitragen, Pädagog*innen in ihrer Fortbildung zu digitalen Unterrichtsformaten zu unterstützen.

Schwerpunkt MINT

MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Der Arbeitsmarkt in unserer Region hat in diesen Bereichen einen Schwerpunkt. Kinder und Jugendliche schon in der Schule für diese Fächer zu begeistern, ist auch das Ziel der GRÜNEN. Es gibt bereits eine Reihe von sogenannten MINT-Schulen im Landkreis, die sich in dieser Fächerkombination besonders engagieren. Der Kreis unterstützt diese Schulen bei der Ausstattung der entsprechenden Fachräume. Die Aktivitäten einiger Kreisschulen an entsprechenden Wettbewerben – z. B. „Jugend forscht“ – teilzunehmen, hat in den letzten Jahren zu beachtlichen Erfolgen geführt.

Schulentwicklung in der Bildungsregion: gemeinsam mit Darmstadt

Der Kreis Darmstadt-Dieburg ist untrennbar mit der Schulentwicklung in Darmstadt verknüpft. Umso wichtiger ist es, dass die einzelnen Schulentwicklungspläne gut miteinander abgestimmt werden. Darüber hinaus hat sich die kommunale Arbeitsgemeinschaft Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg als eine Plattform für den Austausch etabliert. Mit dem Bildungsbeirat wurde ein großes Beratungsgremium geschaffen, welches die unterschiedlichsten Teile der Bildungslandschaft in der Region zusammenbringt.

Schulsozialarbeit in allen Schulstufen

Schulsozialarbeit ist unerlässlich, sie ist eine besondere Form einer ganzheitlichen Prävention und Intervention im schulischen Raum. Die Schulsozialarbeit (Jugendsozialarbeit an Schulen) des Landkreises Darmstadt-Dieburg konnte in der vergangenen Wahlperiode an allen weiterführenden Schulen mit Sekundarstufe I personell gestärkt werden. Für uns ist die Schulsozialarbeit keine freiwillige Leistung. Unlängst hat das Land Hessen mit der Einführung des sogenannten Modells der unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS) die Unabdingbarkeit einer Schulsozialarbeit festgeschrieben, die wir nun zu einer Schulsozialarbeit in multiprofessionellen Teams im Sozialraum weiterentwickeln möchten. Die Beiträge von freien Trägern, Jugendförderungen der Kommunen, der Jugendhilfe des Landkreises, von Vereinen und Initiativen vor Ort sind in das Leben der Schulgemeinde zu integrieren. Gewinnbringende Kooperationen sollen so angestoßen werden. Insgesamt ist die facettenreiche Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendhilfe und Gemeinwesen noch weiter im Sinne der Präventions- und Interventionsketten zu verbessern.

Wir machen uns stark dafür, dass die Schulsozialarbeit sukzessive auch auf die Grundschulen ausgeweitet wird. Bis dato gelang es nur grundschulbezogene Modellprojekte zu forcieren. Hierbei wollen wir gemeindezentrierte, sozialraumorientierte Konzepte. Eine offene Ausschreibung und die Vergabe an freie Träger sehen wir als wirkungsvoller an, im Vergleich zur Ausweitung des landkreiseigenen Personals an.

Kulturpolitik ist Bildungspolitik

Wir wollen einen offenen und gleichberechtigten Zugang zu allen Kultureinrichtungen des Landkreises für alle, unabhängig von ihrem Lebensstandard oder Bildungsstand. Die kulturellen Angebote müssen kultursensibel gestaltet werden. Ihr Ziel soll es sein, Inhalte zum Umwelt- und Klimaschutz einzuschließen und demokratisches Bewusstsein zu stärken. Rechtsradikales, rassistisches, antisemitisches und homophobes Gedankengut muss zurückgedrängt werden.

Durch alternative und innovative Ansätze in der Kulturpolitik muss das soziokulturelle Engagement der Bürger*innen angeregt und verstärkt werden. Dabei geht es um einen gleichberechtigten Zugang für alle zu den Einrichtungen der Kultur, Bildung und auch des Sports. Dies wollen wir im Rahmen der Zuständigkeiten des Landkreises weiter durch finanzielle Anreize, beratende und organisatorische Hilfen, die Stärkung der Ehrenamtlichkeit sowie eine bessere Vernetzung sinnvoller Angebote weiter fördern.

Dies bedeutet im Einzelnen:

Kreisvolkshochschule

Eine Kreisvolkshochschule für alle, die eine Bildungsaufgabe für alle Bürger*innen erfüllt, muss mit ihren Kursangeboten die Bevölkerung der ländlichen Regionen ebenso wie bildungsferne und sozial schwächere Bürger*innen erreichen. Neben dem Ziel der Verbesserung beruflicher Chancen, muss das Ziel der Stabilisierung des demokratischen Bewusstseins und der Abwehr rechtsextremer und antisemitischer bzw. fremdenfeindlicher Tendenzen verfolgt werden. Wir fordern ein noch höheres Maß an Kultursensibilität - Menschen mit Migrationshintergrund müssen verstärkt als Zielgruppen einbezogen werden. Weiterhin setzen wir auf eine umfassende Strategie zur Digitalisierung der Kreisvolkshochschule.

Vereinsförderung

Die Vereinsförderung muss dazu führen, dass auch Bürger*innen in prekären und bildungsfernen Lebensverhältnissen ebenso wie Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen daran teilhaben können.

Im Rahmen der Schulträgerschaft des Kreises muss die Zusammenarbeit mit außerschulischen Kultur- und Bildungseinrichtungen - vor allem aber mit den örtlichen Vereinen - weiter unterstützt werden. Insbesondere Kindern und Jugendlichen soll so die Freude an Sport und Kultur vermittelt werden. Um so früher, um so besser.

Gegen Extremismus, Gewalt, Rassismus – für Demokratie, Toleranz & Weltoffenheit

Die Grenzen jedweder kommunaler Förderungen müssen dort klar gesetzt werden, wo rechtsextreme, extremistische, friedensgefährdende, gewaltfördernde, homophobe, klima- und umweltschädliche sowie die religiösen Gefühle verletzende Elemente sichtbar werden. In diesen Fällen muss sich der Landkreis öffentlich distanzieren und durch Verbote von Angeboten oder Versagen einer Förderung eingreifen.

Die Bekämpfung rechtsextremer, antisemitischer, extremistischer, menschenverachtender und rassistischer Aktionen und Äußerungen auf der einen Seite und die Förderung demokratischen Bewusstseins

der Bürger*innen auf der anderen Seite müssen eine zentrale politische Aufgabe des Landkreises sein. Hierbei ist eine enge Kooperation mit dem vom Landkreis auf Betreiben der GRÜNEN Fraktion initiierten zivilgesellschaftlichen Verein „Bunt ohne Braun“ zu verfolgen.

Der vom Landkreis auf Initiative der GRÜNEN Fraktion beschlossene Beitritt zur Aktion „Seebrücke“ muss derart umgesetzt werden, dass der Kreis sich stärker als bislang aktiv um Aufnahme von Geflüchteten bemüht. Die Fehler und Verbrechen der Deutschen in der Vergangenheit müssen im Bewusstsein aller Generationen bleiben, um Ähnliches auch nur ansatzweise in der Zukunft zu verhindern. In diesem Sinne wollen wir schulische Einrichtungen, Jugendorganisationen, Vereine und weitere Initiativen vor Ort unterstützen, wenn sie sich um unsere Erinnerungskultur kümmern. Das gilt besonders für diejenigen, die die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus bewahren und durch präventive Veranstaltungen mit dazu beitragen, dass sich dergleichen nicht mehr ereignet.

Information für alle

Eine moderne und zukunftsorientierte Kulturpolitik, schließt Bürgerbeteiligung ein und kann nur durch transparentes und bürgernahes Verwaltungshandeln realisiert werden. Die auf Initiative der GRÜNEN Fraktion im Kreis beschlossene Informationsfreiheitssatzung muss zu einem Instrument einer offenen Kreispolitik weiterentwickelt werden. Dabei sind die digitalen Möglichkeiten der Veröffentlichung voll auszuschöpfen.

Denkmalschutz und Bewahrung des historischen Erbes

Der Denkmalschutz, durch den einzigartige und repräsentative Baudenkmäler erhalten werden sollen, sollte der Identitätsstiftung der Kreisbevölkerung dienen. Soweit ihm private Nutzungen der schützenswerten Objekte oder Umwelt- und Klimaziele entgegenstehen, muss durch intensive Beratung ein Ausgleich erzielt werden, der möglichst allen berechtigten Interessen gerecht wird.

Unsere Ziele:

1. Die Bewahrung des historischen Erbes in Baudenkmalern wie auch archivischen Quellen durch ausreichendes Personal und gute Rahmenbedingungen sichern
2. Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen sowie Erhalt erfolgen mit dem Ziel der Klimaneutralität
3. Unterstützung der Eigentümer durch Beratung zu möglichen Energiesparmaßnahmen
4. Vom Kreisarchiv aus soll Wissen über historische Dokumente vermittelt werden, um demokratisches Bewusstsein zu stärken und Argumente gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus an die Hand geben zu können

Denkmäler sind Zeitzeugen. Durch sie werden die Erinnerung an die Leistungen unserer Vorfahren sichtbar wachgehalten und sie dienen der Identitätsstiftung der Kreisbevölkerung. Beim Denkmalschutz geht es um Baudenkmäler und Bau-Ensembles, die wegen ihrer Einzigartigkeit oder repräsentativen Bedeutung Schutz verdienen. Sie sollen in einer laufend zu aktualisierenden Denkmaltopografie als solche für jedermann erkennbar bleiben. Da damit häufig die Interessen der Eigentümer kollidieren, muss der Landkreis durch eine intensive Beratungstätigkeit sachgerechte Lösungen vorschlagen und eine Konsensbildung anstreben. Wenn es einem Bauherrn z. B. darum geht, durch Fassadendämmung Heizkosten zu senken, eine Fotovoltaik-Anlage zu installieren, das Gebäude wegen unwirtschaftlicher Nutzung abzureißen oder grundlegend zu verändern, muss die Abteilung für Denkmalschutz darauf eingehen und akzeptable Kompromisslösungen finden. Um den Denkmalschutz zu realisieren, muss über die Beratungsdienste der Zugang zu angemessenen Fördermitteln eröffnet werden. Hierdurch kann der Erhalt unseres baukulturellen Erbes sichergestellt und unterstützt werden.

Auch durch die Vergabe des Denkmalschutzpreises des Landkreises können hier beispielhafte Projekte prämiert werden.

Denkmalschutz im weiteren Sinn umfasst auch die Bewahrung und Sicherung des schriftlichen wie auch des elektronisch gespeicherten kulturellen Erbes. Zu diesem Zweck muss das Kreisarchiv eine zentrale Aufbewahrungsstätte erhalten und mit professionellem Personal ausgestattet werden. Die Akten- und Datenregistratur muss alle laufenden Geschäftsvorgänge zur dauernden Aufbewahrung vorsehen, soweit an ihnen ein nachhaltiges historisches Interesse besteht.

Soziales: Teilhabe, Partizipation und Prävention

In einer inklusiven Gesellschaft gehören alle Menschen dazu. Sie sind in die Gemeinschaft einbezogen und niemand wird an den Rand gedrängt. Das wollen wir im Landkreis verwirklichen. Deshalb arbeiten wir für einen lokalen Sozialstaat, der dafür sorgt, dass alle Menschen vor Ort gut abgesichert sind. In der vergangenen Wahlperiode 2016-2021 konnten wir Fortschritte erreichen. Aber weiterhin leben Menschen im Landkreis in Armut, sind Benachteiligungen ausgesetzt oder bedürfen der Hilfe und Förderung.

Sozialer Frieden, Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit - Zugang zu Bildung, Arbeit und politischer Beteiligung - sind zentrale Aspekte einer GRÜNEN Daseinsfürsorge für alle Menschen in unserem Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Prävention, Partizipation und Armutsbekämpfung sind für uns Handlungsmaxime einer inklusiven Daseinsfürsorge gemeinsam mit allen Bürger*innen.

Unsere Ziele:

- Im Sozialraum auf Augenhöhe gemeinsam mit freien Trägern und der Zivilgesellschaft lokale Sozialpolitik gestalten.
- Entwicklung von Präventions- und Interventionsketten: Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut an erster Stelle.
- Es geht nur gemeinsam: Die kommunale Familie zusammen mit EU, Land und Bund für eine lokale Daseinsfürsorge.
- Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Prävention: Schuldnerberatung und Gemeinwesenarbeit stärken, Integrationsarbeit ausbauen.
- Für eine soziale Wohnungspolitik: Bezahlbaren Wohnraum entwickeln, Wohnungsleerstände heben, Wohnungslosigkeit bekämpfen.
- Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung – außerbetriebliche Ausbildungen fördern.
- Kommunale Arbeitsmarkt- & Beschäftigungspolitik: Für einen sozialen Arbeitsmarkt, mehr Beteiligung und einen Runden Tisch zur Armutsbekämpfung.
- Sozialticket: Mobilität für alle
- Vielfalt der Jugendarbeit wertschätzen und fördern
- Stärkung und Förderung der Ehrenamtsstruktur, denn in vielen Vereinen und Gruppen wird "Sozialarbeit" betrieben.

Lokale Sozialpolitik mit Freien Trägern und der Zivilgesellschaft gestalten

Wir GRÜNEN setzen bei der kommunal verantworteten sozialen Infrastruktur und bei ihren Handlungsstrategien darauf, gemeinsam mit den freien Trägern und den Initiativen der Bürger- und Zivilgesellschaft eine sozial-inklusive Gesellschaft vor Ort zu gestalten. Lokale Sozialpolitik will die Fähigkeiten der Einzelnen oder Gruppen und die Teilhabe vor Ort fördern und unterstützen.

Dies gelingt nur wenn Betroffene, Politik, Verwaltung, Stakeholder sowie Akteur*innen der Zivilgesellschaft auf Augenhöhe mit einem sozialraumorientierten Blick miteinander in Kommunikation und Verhandlung treten. Entsprechend kommt einer lokalen und regional abgestimmten Sozial-, Jugend- und Altenhilfeplanung ein bedeutender Stellenwert zu.

In der vergangenen Wahlperiode 2016-2021 haben wir im Kreistag den Auftrag zur Einführung einer

strategischen Sozialplanung gegeben. Das war der politische Startschuss für einen breit angelegten Prozess einer beteiligungsorientierten Steuerung von Sozialpolitik 2.0. im Kreisgebiet.

2021-2026 wollen wir die Maßnahmen der strategischen Sozialplanung im gesamten Landkreis zum Laufen bringen, damit die soziale und inklusive Infrastruktur sowie die Handlungsstrategien zur Verringerung sozialer Ungleichheit und zur Bekämpfung von Armut bei allen Menschen vor Ort ankommen. Der gesellschaftliche Umbruch und die Komplexität sozialer Problemlagen beschleunigen sich. Deswegen haben wir die Verantwortung regional-lokale Antworten zu finden, indem wir bestehende Leistungsstrukturen den sich verändernden Lebensbedingungen der Betroffenen flexibel anpassen und verbessern.

In der Ausgestaltung und Umsetzung einer lokalen Sozialpolitik sind die GRÜNEN Handlungsmaximen:

- Offene Kommunikation auf Augenhöhe zwischen allen Beteiligten (Betroffene, Städte, Träger, Zivilgesellschaft)
- Sozialraumorientierung
- Subsidiaritätsprinzip
- Partizipation mit Beteiligungsstrukturen vor Ort
- Interkulturalität
- Prävention
- Multiprofessionelle Kooperation im Netzwerk
- Transparenz
- Wissenschaftliche Sozialberichterstattung zur Wirkungskontrolle

Alterspezifische Präventions- u. Interventionsketten: Bekämpfung von Kinder- & Familienarmut

Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg besteht das Problem der Kinder- und Familienarmut. Deswegen haben wir in der vergangenen Wahlperiode den ersten Kinderarmutsbericht erstellt und den „Runden Tisch Kinderarmut“ mit allen beteiligten Akteuer*innen ins Leben gerufen. Frühkindliche Bildung und Zugang zur Kinderbetreuung sind die wirkungsvollste Prävention, um Benachteiligungen von Kindern frühzeitig zu vermeiden. Deswegen wollen wir GRÜNE im Landkreis

- Den quantitativen und qualitativen Ausbau aller Kinderbetreuungsangebote mit den Maßnahmen, die der Jugendhilfeträger leisten kann, unterstützen und beschleunigen (Kindertagesstätten, Kindertagespflege, Schulkindbetreuung, Pakt für den Ganzttag)
- Die niederschwellige Erziehungsberatung mit einem vierten Standort weiter ausbauen und in den Sozialräumen verankern
- Einen weiteren, dritten Stützpunkt des Zentrums für schulische Erziehungshilfe im Westkreis errichten, um die Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Grundschulen weiter auszubauen
- Die Familienzentren in den Kindertagesstätten, das Modell der Frühen Hilfen und der Familienhebammen im Jugendamt stärken und
- Kürzungen von freiwilligen Leistungen im Bereich der Prävention für Kinder und Jugendliche ausschließen.

Wir machen uns dafür stark, dass Präventions- und Interventionsketten, die sich an den Altersphasen der Kinder und Jugendlichen orientieren, gemeinsam mit den Kreiskommunen aufgebaut werden. Bestehende Angebote für Kinder und Jugendliche sollen stärker als bisher miteinander vernetzt werden, um ganzheitliche Hilfen für die jeweiligen Entwicklungsphasen anbieten zu können.

Die kommunale Familie zusammen mit EU, Land und Bund für eine lokale Daseinsfürsorge

Wir GRÜNEN wissen, dass in unserem föderalen System zur Vermeidung bzw. zur Überwindung von Armut, Bund, Land und Kommunen gemeinsam die nötigen Aufgaben erfüllen müssen. Wir stellen fest, dass sich diese Aufgabenstellung in den letzten Jahren immer stärker auf die Kommunen verlagert. Dem Landkreis kommt hier eine besondere „Scharnierfunktion“ zu. Die Fachverwaltungen des Landkreises besitzen das Know-How zu beraten und Fördermittel oder zusätzliche Programme im Rahmen einer integrierten Sozialplanung in die Netzwerke der Städte und Gemeinden einzubringen. Landesseitig ergeben sich mit der aktuellen schwarz-grünen Landesregierung - insbesondere im Sozialbereich - eine Vielzahl noch weiter aktivier- und ausbaubarer, kleinräumiger Maßnahmen.

Auch das Abrufen zusätzlicher Mittel von Bund und EU erfordert die Expertise und aktive Hilfestellung der Fachverwaltung des Landkreises. Hier wollen wir mit der Steuerungs- und Scharnierfunktion des Landkreises anknüpfen, um die Daseinsfürsorge für die Bürger*innen ganzheitlich mitzugestalten.

Wir wollen das Sozialbudget, die vielfältigen Programme für die Integration, für Akzeptanz und Vielfalt und die neuen Förderinstrumente zur Inklusion des Landes aktiv im Landkreis umsetzen. Dazu zählt u.a. das Programm für Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen, die Mittel des Europäischen Sozialfonds u.v.m. Die zur Verfügung gestellten Mittel müssen vom Landkreis schnellstmöglich zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur gemäß der Bedarfslagen in den Kreiskommunen abgerufen werden. Eine wirkungsvolle Sozialpolitik unterstützt die Menschen in ihrer Selbstbestimmung, in ihren eigenen Anstrengungen und erkennt ihre Vielfalt als Bereicherung für unsere Gesellschaft an. Unser Verständnis von Sozialpolitik ist es, den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Eine solche emanzipatorische Sozialpolitik grenzt niemanden aus, sondern schafft Chancengerechtigkeit und Teilhabemöglichkeiten für alle, unabhängig von sozialem Status, Herkunft, Alter, Geschlecht, Identität, Religion und kulturellem Hintergrund.

Armutsbekämpfung & Prävention: Schuldnerberatung, Gemeinwesen-/Integrationsarbeit stärken

Mittels des Sozialbudgets und des Hessischen Integrationsplans wollen wir 2021 - 2026 im Landkreis wie in der vergangenen Wahlperiode

- Die Schuldnerberatungen weiter stärken und Betroffenen helfen, in ein schuldenfreies und selbstbestimmtes Leben zurückzukehren.
- Die Fachstelle für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit muss starten, damit geeignete Maßnahmen zur Wohnungssicherung zur Verfügung stehen.
- Die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in den Kreiskommunen unterstützen.
- Die Suchthilfe modern ausbauen.
- Die Koordination und Qualifizierung in der Freiwilligenarbeit sowie die Unterstützung lokaler Bündnisse ermöglichen.
- Das Integrationsprogramm WIR und die Ansätze des Projektes Sport und Flüchtlinge fortentwickeln.
- Mehr Sprachförderung in die Kindertagesstätten bringen.
- Beratungsangebote für Familien stärken, zum Beispiel mit dem Ausbau der Familienzentren.

Soziale Wohnungspolitik: Bezahlbaren Wohnraum entwickeln & Wohnungslosigkeit bekämpfen

Bezahlbarer Wohnraum ist kein Luxus, sondern eine Frage der Gerechtigkeit. Gerade im Ballungsgebiet Rhein-Main/Rhein-Neckar gibt es einen Mangel an erschwinglichen Wohnungen – nicht nur für Menschen mit geringem, sondern auch mit mittlerem Einkommen. Bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum zu schaffen, ist eine der dringlichsten Aufgaben in unserem Landkreis.

In der Wahlperiode 2016 - 2021 haben wir einen Antrag im Kreistag gestellt, um einen kreisweiten gemeinnützigen Bauträger für sozialen und bezahlbaren Wohnbau ins Leben zu rufen. Am Ende des Prozesses blieben nur wenige Kreiskommunen übrig, das Regierungspräsidium untersagte dem Landkreis aktiv zu werden. Städte und Gemeinden gehen eigene Wege mit teils flächenverbrauchenden Ausweisungen von Bauland auf der „grünen Wiese“.

Wir wollen eine neue Initiative für ein kreisweites Bündnis für nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum sowie konzeptionelle Innen- und Außenentwicklung mit den Vertreter*innen der Städte und Gemeinden, der Immobilienwirtschaft, der Architektenkammer, der Industrie- und Handelskammer, den Organisationen der Zivilgesellschaft und Trägern der Wohlfahrtspflege starten. Mit einem gemeinsamen Strategiepapier zu den möglichen Handlungsoptionen für Kommunen und Landkreis wollen wir Möglichkeiten erarbeiten und best-practice-Beispiele aufzeigen, um bezahlbaren Wohnraum zu realisieren. Bei Flächenvergaben und -entwicklung sollen folgende soziale und stadtentwicklungspolitische Kriterien vorgesehen werden:

- In städtebaulichen Verträgen einen verpflichtenden Mindestanteil an preisgünstigen, gebundenen Mietwohnungen festlegen
- Sicherstellung einer sozialen Durchmischung in den (Neubau-)Wohngebieten
- Einsatz der vielfältigen Instrumente zur Preisdämpfung
- Ermöglichung von Geschosswohnungsbau und Nachverdichtung
- Inklusive Quartiersentwicklung: Bedarfe für Kinder, Bildung und Alter, neue Wohnformen (Demenz-WGs, inklusives Wohnen, Wohnen und Arbeiten am gleichen Ort, Mehrgenerationen-Wohnprojekte) berücksichtigen.

Wir setzen bei der Schaffung neuen Wohnraums in erster Linie auf neue und bestehende Wohnungsgenossenschaften. Die Genossenschaft ist eines der ältesten Instrumente für die Schaffung von Wohnraum, welcher dauerhaft und nicht nur für die Bindungsfrist der Förderung dem freien Wohnungsmarkt entzogen ist. Genossenschaften dienen nicht der Gewinnmaximierung von Eigentümer*innen, sondern stabilisieren über dauerhaft günstige Mieten auch den Wohnungsmarkt der Zukunft. Bei der Gründung neuer Genossenschaften mit einem Anteil von Sozialwohnungen, soll der Landkreis aussichtsreichen Projekten durch Gewährung von Bürgschaften über die erste große Hürde helfen.

Mit einem weiteren Programm zur Aktivierung von Wohnungsleerständen, für Menschen im unteren Einkommensdrittel und für Empfänger*innen von Transferleistungen, wollen wir einen weiteren wohnungspolitischen Schwerpunkt setzen. Denn neue Wohnungen in der erforderlichen Anzahl lassen sich nicht so schnell bauen, wie sie im Augenblick benötigt werden.

Für diejenigen, die in Gefahr sind ihre Wohnung zu verlieren oder aufgrund ihrer sozialen Problemlage keine Wohnung finden, setzen wir die im Kreistag in der Wahlperiode 2016 - 2021 beschlossene

Fachstelle zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit schnellstmöglich unter Zuhilfenahme eines freien Trägers um.

Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung – außerbetriebliche Ausbildungen fördern

Trotz erheblicher Anstrengungen, bleiben auch im Landkreis weiterhin viele Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung zurück. Das ist ein langfristiges Armutsrisiko. Zumeist sind es Jugendliche, die von individuellen Vermittlungshemmnissen betroffen sind und die sogenannte Ausbildungsreife aus eigener Kraft nicht schaffen. Unser Ziel ist es, das derzeitige Übergangssystem zwischen Schule und Beruf zu verbessern.

Eine vollwertige Berufsausbildung für junge Menschen ist für uns GRÜNE ein wichtiger Beitrag für sozialen Frieden und eine nachhaltige Armutsbekämpfung.

Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg leben Jugendliche mit individuellen Ausbildungshemmnissen, junge geflüchtete Menschen haben teilweise keine ausreichenden Sprachkenntnissen oder deren Schulbildung und Ausbildungen werden nicht anerkannt. Wir fordern deshalb weiterhin die Umsetzung geförderter vollqualifizierender Berufsausbildungen als subsidiäre Ergänzung zum betrieblichen dualen Ausbildungssystem.

In den letzten Jahren wurde das Ausbildungsbudget zu Lasten der genannten Gruppen und der Anbieter von außerbetrieblichen Ausbildungen zugunsten von Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz wegrationalisiert. Da diese jedoch nicht ausreichend ist, sehen wir es als unerlässlich an, dass der Landkreis mit der Kreisagentur für Beschäftigung in die Finanzierung von außerbetrieblichen Ausbildungen wieder in erheblichem Umfang einsteigt.

Weiterhin streben wir an, dass die Jugendhilfe (Jugendamt) verwaltungsintern über die Jugendberufshilfe mit dem Unter25jährigen Team (Kreisagentur für Beschäftigung) enger zusammenarbeiten. Eine gesonderte, kommunale, altersspezifische Präventions- und Interventionskette soll erstellt werden, um den jungen Menschen in seinem (Familien-)System in den Blick zu nehmen und die sogenannte „Vererbung von Armut“ und Langzeitarbeitslosigkeit zu durchbrechen. Eine vertiefte Berufsorientierung einschließlich Sprachförderung sollen hier wichtige Bestandteile sein.

Für einen Sozialen Arbeitsmarkt, mehr Beteiligung & einen runden Tisch zur Armutsbekämpfung

Der Flächenkreis Darmstadt-Dieburg hatte im hessischen Vergleich eine geringere Arbeitslosenquote, viele Beschäftigungsverhältnisse, eine höhere durchschnittliche Kaufkraft. Dennoch sind momentan - auch bedingt durch die Corona-Krise - 15.000 Menschen von Leistungen des Sozialgesetzbuches II abhängig. Der Anteil von Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen Eingliederungshemmnissen steigt. Folglich verfestigt sich Armut in den betroffenen Familien und Haushalten. Gerade alleinerziehende Mütter und Väter sind betroffen. Auch bleibt die Gruppe von den sogenannten „Aufstockern“, also Menschen, die bei Vollzeittätigkeit kein ausreichendes Einkommen zur Sicherung ihres Familienhaushaltes haben, stabil. Und nicht zuletzt finden Menschen mit einer Behinderung nur sehr schwer angemessene Erwerbsarbeit auf dem freien Arbeitsmarkt. Das Andauern der Corona-Krise wird diese Entwicklungen wahrscheinlich verstärken.

Eine eigenständige und menschenwürdige Existenzsicherung steht im Mittelpunkt kommunaler Sozialpolitik. Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch Erwerbsarbeit sicherstellen können, haben ein Recht auf Unterstützung und Förderung. Mit der Kreisagentur für Beschäftigung (KfB) verfügt der Landkreis Darmstadt-Dieburg über ein kommunal gesteuertes Jobcenter. Dieses wollen wir mit der begonnenen Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie weiterentwickeln, damit die KfB noch mehr Beschäftigungsperspektiven aufzeigt und Armut bekämpft.

Viele Arbeitsmarktprojekte und -initiativen sind in der letzten Wahlperiode auf den Weg gebracht worden. Sie waren immer mit dem Ziel verbunden, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen, Zielgruppen spezifisch zu fördern und eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen, wie z.B. das Projekt „Ich lebe und arbeite in...“.

Um den Langzeitarbeitslosen eine langfristige Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen, wollen wir in Zusammenarbeit mit den Trägern von Beschäftigungsmaßnahmen und dem öffentlichen Sektor ein größeres, verlässliches Segment zielgruppenspezifischer, öffentlich geförderter Beschäftigung mit dauerhaften sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen schaffen.

Wir wollen, dass die Kreisagentur für Beschäftigung ihre aktivierende Hilfe noch stärker sozialraumorientiert organisiert. Vor Ort in den Kommunen des Landkreises soll eine aktive Armutsbekämpfung mit lokaler Schwerpunktsetzung betrieben werden, die spezifische Förderung für Migrant*innen einschließt. Eine Strategie zur Arbeits- und Fachkräftegewinnung zählt genauso dazu. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen und kreisfreien Städten sowie gezielte Projekte des Benchmarkings (Vergleichsstudien zur Qualitäts- und Wirksamkeitskontrolle) müssen Teil der Strategie werden.

Weitere Schwerpunkte der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, an denen wir weiterhin ansetzen wollen, sind die Förderung des lebenslangen Lernens sowie der Weiterbildung, die Unterstützung zum Wiedereinstieg und Quereinstieg in den Beruf, Maßnahmen zur Alphabetisierung und Sprachförderung, innovative Ansätze zur Qualifizierung, Nachqualifizierung und Gesundheitsförderung.

Die Beteiligung der Betroffenen und die Konflikte mit der Bürokratie müssen zudem stets im Blick behalten werden: In der vergangenen Wahlperiode 2016-2021 ist es gelungen, die Ombudsstelle paritätisch auszuweiten, um eine vermittelnde Instanz in Streitfällen zwischen den Betroffenen und dem

kommunalen Jobcenter zu haben. Hier wollen wir weiter ansetzen und darüber hinaus die Beteiligung von Betroffenen in geeigneter Weise stärken.

Wir wollen die Einrichtung eines „Runden Tisches zur Armutsbekämpfung“ unter Beteiligung der KfB der Agentur für Arbeit - der parlamentarischen Gremien, der Gewerkschaften, der Jugendhilfe, der Träger von Beschäftigungsmaßnahmen und nicht zuletzt der Arbeitgeber. Der Runde Tisch muss alle Felder einer kommunalen Armutsbekämpfung sowie die Herstellung einer Chancen- und Teilhabeberechtigung in den Blick nehmen. Hierzu zählt insbesondere die Integration von Menschen mit Behinderung, eine bessere Versorgung mit materiellen Hilfen, eine bessere Verzahnung der Jugendhilfe mit den Maßnahmen der KfB und weitere neue Ansätze für Klient*innen mit Migrationshintergrund.

Sozialticket: Mobilität für alle

Ein vergünstigtes Ticket für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Personen mit niedrigem Einkommen und/oder Bezug von Transferleistungen ist für uns GRÜNE ein wichtiges Ziel, um allen Menschen Mobilität zu ermöglichen und die soziale Gerechtigkeit zu verbessern:

Analog zum Sozialticket der Stadt Darmstadt, wollen wir ein Sozialticket für den Landkreis einführen, d.h. eine 9-Uhr-Zeitkarte (Wochen- oder Monatskarte), welche zu vergünstigtem Preis über den Landkreis erworben wird. Damit soll ein Angebot etabliert werden, welches in Form von Schüler*innen-, Studierenden-, Senioren*innen- und zahlreichen Jobtickets von Arbeitgebern für eine große Anzahl von Gruppen bereits besteht. Es soll insbesondere angestrebt werden, eine solche Ermäßigung auch für elektronische Streifenkarten einzuführen, welche der Rhein-Main-Verkehrsverbund einzuführen plant. Sobald die Haushaltssituation dies zulässt, wollen wir das in Angriff nehmen. Momentan müssen die begrenzten Mittel im Bereich des ÖPNV vorrangig für die Verbesserung des Angebotes und somit der Attraktivität eingesetzt werden.

Vielfalt der Jugendarbeit wertschätzen und fördern

Die Jugendarbeit kämpft in den letzten Jahren auch im Landkreis um ihre Position und ihre Wertigkeit – gegenüber dem Schulsystem auf der einen Seite und gegenüber dem breiten Feld der gesetzlichen Jugendhilfe auf der anderen Seite. Wenn auf Seiten der Kommunen gespart werden muss, so wird die Jugendarbeit oft als freiwillige Leistung identifiziert und ihre Wirksamkeit in Frage gestellt.

Für uns GRÜNE ist eine vielfältige und bunte Landschaft der Jugendarbeit unerlässlich.

Wir schätzen die kommunale Jugend- und Jugendverbandsarbeit als qualitativen Bestandteil einer inklusiven sozialen Infrastruktur. Die kommunale Jugendarbeit betreibt wirksame kommunale Prävention, dient der gleichberechtigten Teilhabe an kulturellen und außerschulischen Angeboten und sorgt für eine kommunale Beteiligungsstruktur der Kinder und Jugendlichen in unseren Kreiskommunen. Dabei ist es egal, ob diese kommunal, ehrenamtlich in Vereinen, in freier, kirchlicher oder verbandlicher Regie geführt wird.

Im Zeichen einer aufkommenden Corona-bedingt kommunalen Haushaltskrise werden die GRÜNEN gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss Einsparvorschläge im Bereich der Kinder- und Jugendförderung zurückweisen.

Wir wollen, dass weiterhin Kinder- und Jugendfreizeiten der Vereine und Verbände mit Kreismitteln gefördert werden, dass Jugendbegegnungen stattfinden und dass es Förderungen für Kinder, Jugendliche

und ihre Familien gibt, die sich Ferienspiele, Freizeiten und außerschulische Bildungsangebote ohne einen Zuschuss nicht leisten können.

Wir GRÜNEN wissen, dass die Kommunalpolitik „die Königsdisziplin“ der Politik ist. Auf keiner anderen Ebene ist Politik so unmittelbar, so nah am Alltag der Menschen, so offensichtlich in ihren Wirkungen, wie in der Kommune. Sie ist die Basis unserer föderalen Demokratie. Wir wünschen uns mehr Demokratiebildung in der Schule, indem aktuelle Kreisthemen in Schulen einfließen, Jugendmeinungen adäquat medial gesammelt werden und der Kreistag mit seinen Mitgliedern aktiv Rede und Antwort steht. Gerade die Kommunalpolitik muss neue Konzepte entwickeln, der Jugend zuzuhören, den Kindern eine unverfälschte Stimme zu geben und junge Menschen für Politik und gesellschaftliche Verantwortung auf der kommunalen Ebene interessieren.

Wir GRÜNEN sind uns bewusst, dass es für unsere demokratische Bürgergesellschaft unerlässlich ist, dem ganzheitlichen Lernort Jugendarbeit einen hohen Stellenwert beizumessen, um seine Vielfältigkeit, Unabhängigkeit, Ehrenamtlichkeit und sozialpräventive Wirkung zu garantieren.

Im Rahmen der Modellregion „Pakt für den Ganzttag“ wollen wir eine verstärkte Beteiligung der Jugendarbeit, ihrer Verbände, Vereine und Einrichtungen, damit diese weiterhin Teil der nachmittäglichen Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen sein können.

Die Jugendarbeit muss immer wieder neue, jugendgerechte Wege gehen und Lösungen für gesamtgesellschaftliche Problemlagen vor Ort in den Kreiskommunen finden. Sie muss als Partner in der regionalen Bildungslandschaft auf Augenhöhe agieren können. Die Jugendarbeit braucht eine Digitalisierungsstrategie und weiterhin Freiräume für ihre Soziokultur sowie Nischen der Kreativität einer außerschulischen Bildung. Um das zu gewährleisten, wollen wir die Rolle des Jugendhilfeausschusses gemeinsam mit den Trägern und Verbänden aufwerten und die Jugendarbeit von Corona-bedingten Haushaltskonsolidierungen ausklammern.

Auf dem Weg zum Inklusiven Landkreis

Der Kreis ist verpflichtet die Forderungen der Behindertenrechtskonvention umzusetzen und Inklusion als eine Querschnittsaufgabe zu betrachten. Ziel ist es, allen Formen der Diskriminierung entgegen zu wirken. In einem Beteiligungsprozess unter der Führung des Büros für Migration und Inklusion und der Mitarbeit von vielen Akteur*innen aus der Selbsthilfe, der Verwaltung des Landkreises und den Kommunen, von Trägern und Einrichtungen, Behindertenbeauftragten u.v.m. wurde ein Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet und Ende 2019 verabschiedet. Die Fraktion der GRÜNEN hatte initiiert, dass der Landkreis das Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Aktionsplanes in Gang setzt und speziell dafür eine Koordinierungsstelle einrichtet.

Dieser Aktionsplan enthält eine Vielzahl von Maßnahmen, unterteilt in sieben Handlungsfelder, die das Ziel haben, die Teilhabe und Gleichberechtigung in der Gesellschaft von Menschen mit Behinderungen und/oder Einschränkungen im Landkreis zu erreichen. Der Aktionsplan ist unsere Richtschnur, um laufende Prozesse zur Verbesserung der Inklusion fortzusetzen und neue in Gang zu setzen. Menschen mit Beeinträchtigungen sollen ein eigenes Gremium erhalten und verstärkt in Gremien eingebunden werden, um ihre Interessen besser vertreten zu können. Wichtige Informationen müssen in leichter Sprache besser zugänglich gemacht werden. Ebenso wie alle anderen baulichen, bürokratischen und organisatorischen Hürden für Menschen mit Handicaps abgebaut werden müssen.

Unsere Ziele:

- Inklusion muss als Querschnittsaufgabe betrachtet werden
- Umsetzung des „Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Ausgrenzung überwinden - Teilhabe gestalten“
- Sensibilisierung für die Belange von Behinderten in Verwaltung und Öffentlichkeit
- Beteiligungsgremium von Menschen mit Behinderungen einrichten
- Wichtige Informationen in leichter Sprache herausgeben
- Regelmäßige und breitenwirksame Berichterstattung über die Verwirklichung der Inklusion

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist bindendes Recht

Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), seit 2009 in der Bundesrepublik bindendes Recht, fordert, dass alle Menschen - ganz gleich, ob mit oder ohne Behinderung - gleiche Rechte und gleiche Chancen haben sollen, an der Gestaltung der Gesellschaft teilzuhaben. Schon allein aus dem Prinzip der allgemeinen und unteilbaren Menschenwürde - wie es im Grundgesetz festgeschrieben ist - ist die Umsetzung dieses Ziels geboten. Inklusion muss Ziel und Maßstab des Handelns auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen sein. Für den Landkreis Darmstadt-Dieburg erwachsen daraus - genauso wie für den Bund, die Länder sowie Städte und Gemeinden - Verpflichtungen und Handlungsaufträge, um die Ziele der BRK zu erreichen. Menschen sind sehr verschieden und vielfältig, sie dürfen nicht in die Kategorien normal und unnormal eingeteilt werden. Genauso muss das Gemeinwesen insgesamt, unsere öffentlichen Räume, Einrichtungen und Veranstaltungen so gestaltet werden, dass sie allen Menschen zugänglich sind.

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe

Inklusion ist für den Landkreis eine Querschnittsaufgabe, die in allen Aufgabenbereichen Berücksichtigung finden muss. Im Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK wurde eine Vielzahl von Maßnahmen erarbeitet, deren Umsetzung in der Verantwortung aller Dezernate und vieler Fachbereiche in der Verwaltung des Landkreises stehen.

Ebenso müssen Kooperationspartner - wie z.B. freie Träger -, die Kommunen oder die Kreisagentur für Beschäftigung miteinbezogen werden. Manche Maßnahmen können schnell umgesetzt werden, andere bedürfen langfristiger und schrittweiser Veränderungen. Allerdings enthält der Aktionsplan auch Maßnahmen, die nicht in der Zuständigkeit oder in dem Einflussbereich des Landkreises liegen. Wir wollen die in dem Aktionsplan formulierten Bedarfe der Menschen mit Behinderungen ernst nehmen und eine weitere Priorisierung der Maßnahmen treffen.

Der Landkreis muss seine Möglichkeiten der Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen kurz- und langfristig ausschöpfen. Dabei müssen alle Ämter in die Pflicht genommen werden. Parallel dazu wollen wir, dass das Büro für Migration und Inklusion eine koordinierende, begleitende und beratende Rolle bei der Umsetzung der Maßnahmen einnimmt und dem Kreistag und der Öffentlichkeit regelmäßig berichtet wird.

Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass Barrierefreiheit für die verschiedenen Formen von Behinderungen in allen Bereichen der Kreisverwaltung hergestellt wird und die Prozesse der Verwaltung unter dem Aspekt des Disability Mainstreaming betrachtet werden. Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Gremienmitglieder sollen mittels Fortbildungen und Veranstaltungen verstärkt für die Belange von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert werden. Die wichtigsten Informationsbroschüren und Formulare der Verwaltung sollen auch in leichter Sprache veröffentlicht werden.

Inklusion beinhaltet die Einbeziehung aller Menschen in die Gesellschaft

Auch wenn der Begriff der Inklusion insbesondere zur Umsetzung der Ziele der UN-BRK verwendet wird, beinhaltet Inklusion darüber hinaus die Einbeziehung aller Menschen in die Gesellschaft, und zwar unabhängig von einer eventuellen Einschränkung. Deshalb soll unser politisches Handeln im Landkreis allen Formen der Diskriminierung und der Benachteiligung entgegenwirken. Unser Augenmerk soll besonders denjenigen Menschen und Gruppen gelten, die der Tendenz nach leichter von Ausgrenzung aus der Gesellschaft bedroht sind. Das sind neben den Menschen mit Handicap Migrant*innen, von Armut bedrohte, alte Menschen, Menschen mit psychischen Erkrankungen oder mit sexuellen Orientierungen, die nicht der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen. Das Antidiskriminierungsgesetz muss auch auf der Ebene des Landkreises konsequent umgesetzt werden.

Lange Zeit wurde Behindertenarbeit und -politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg betrieben. Doch am besten wissen die Menschen mit Beeinträchtigung oder andere von Ausgrenzung Betroffene selbst, was sie brauchen. Ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben soll auch für sie eine Selbstverständlichkeit sein. Dieser Bewusstseinswandel muss sich in unserem Landkreis im behördlichen und politischen Handeln durchsetzen. Darüber hinaus muss der Kreis über Öffentlichkeitsarbeit und entsprechende Veranstaltungen, ein breites Bewusstsein für die Erfordernisse der Inklusion stärken.

Bisherige Anstrengungen zur Inklusion erweitern

Wie der erste Inklusionsbericht des Landkreises aus dem Jahr 2014 und die Erarbeitung des Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von 2017-2020 - die beide auf Initiativen der GRÜNEN Fraktion zurückgehen - darstellen, wurden im Landkreis Anstrengungen unternommen, um die Inklusion voran zu bringen. Dies wollen wir verstärken und ausbauen.

So wollen wir, dass der Landeswohlfahrtsverband mit seiner Expertise und seinem Regionalbüro für eine umfassende sozialräumliche Planung stärker eingebunden wird, um zu beleuchten, welche

Unterstützungsstrukturen/-formen für Menschen mit Behinderungen nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung stehen bzw. welche qualitativen/konzeptionellen Weiterentwicklungen erforderlich sind. Gerade die Bereiche für Kinder und junge Menschen bis zum Ende des Schulbesuches sind schnellstmöglich und verstärkt in den Blick zu nehmen. Denn die Landkreise bekommen hier aufgrund der durch das Bundesteilhabe-Gesetz ausgelösten Stufen-Reform und deren Umsetzung in Hessen mit dem sogenannten Lebensabschnittsmodell, die vollen Zuständigkeiten für diese Personengruppe übertragen.

Wir fordern, dass über die Entwicklungen und Fortschritte bei der Verwirklichung der Inklusion in regelmäßigen Abständen berichtet wird. Positive Entwicklungen zeigen sich z. B. darin, dass der barrierefreie Ausbau von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden sowie von Haltestellen für Straßenbahnen und Busse vorangeht. Um Schüler*innen mit Beeinträchtigungen den Besuch von Regelschulen zu ermöglichen, werden für sie dort neben besonderen Ausstattungen auch Teilhabeassistent*innen zur Seite gestellt. In den Kindertagesstätten ist die Inklusion von Kindern, die eine Behinderung haben oder von ihr bedroht sind, in allen Kommunen mit finanzieller Unterstützung und Beratung durch den Landkreis erfreulicherweise Selbstverständlichkeit geworden. Bei der Nachmittagsbetreuung an Grundschulen ist die Situation noch unbefriedigend im Hinblick auf die Teilhabe von Kindern mit Beeinträchtigung.

Menschen mit Beeinträchtigungen gehören mitten in die Gesellschaft

Der Prozess der Dezentralisierung von Einrichtungen für behinderte Menschen - also große anstaltsartige Einrichtungen in kleine dezentrale Wohneinheiten zu teilen - muss fortgesetzt werden, um das Miteinander im Gemeinwesen zu verbessern: Verschieden zu sein ist normal und muss auch so gelebt werden können. Um selbstbestimmtes Leben zu erleichtern, wollen wir die Einflussmöglichkeiten des Kreises zum vermehrten Bau von barrierefreien und/oder geförderten Wohnungen nutzen.

Auch ältere und pflegebedürftige Menschen - insbesondere Menschen mit Demenz - dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Einrichtungen und Fachstellen für Senioren sollen nach offenen Konzepten arbeiten, die generationenübergreifende Begegnungen ermöglichen. Sie sollen Beratung des Landkreises und Unterstützung beim Ausbau von Netzwerken erhalten.

Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen mehr in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden, um ihre Interessen vertreten zu können. Das kann ein eigens zu installierendes Beteiligungsgremium von Menschen mit Behinderungen sein, dass zu den politischen Entscheidungsprozessen gehört werden muss. Ebenso können es zusätzliche Sitze für Menschen mit Beeinträchtigungen in bereits bestehenden Gremien sein. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen der Kreisverwaltung sollen Dolmetscher für Gebärdensprache oder Schriftsprachdolmetscher zur Verfügung gestellt werden, wenn dies beantragt wird.

Frauenpolitik & Gleichstellung: Rolle vorwärts, statt Rolle rückwärts

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei von einschränkenden Rollenbildern ihre Lebensentwürfe verwirklichen können. Wir wollen die Gleichstellung in allen Lebensbereichen, rechtlich, kulturell und ökonomisch. Dass dies leider noch lange nicht erreicht ist, hat zuletzt die Corona Krise deutlich gemacht. Es wurde sichtbar, dass traditionelle Geschlechterrollen in unserer Gesellschaft noch fest verankert sind. Die Hauptsorgearbeit fällt immer noch den Frauen zu, in der Krise noch selbstverständlicher als zuvor.

Daher bleiben unsere Ziele:

1. Gender Mainstreaming wird als Querschnittsthema in allen Bereichen der Kreisverwaltung umgesetzt.
2. Gender-Budgeting wird in weiteren Bereichen des Haushaltsplanes umgesetzt.
3. Maßnahmen, die eine eigenständige Existenzgründung von Frauen zum Ziel haben werden abgesichert und fortgeführt.
4. Projekte und Initiativen zum Gewaltschutz werden abgesichert und mit dem Blick auf kultursensiblen Gewaltschutz ausgebaut (Istanbul-Konvention umsetzen).
5. Der Frauenanteil in allen Gremien des Kreistages wird durch geeignete Maßnahmen auf mindestens 50% erhöht (Umsetzung des Hessischen Gleichstellungsgesetzes).
6. Geschlechtsneutrale Sprache wird in allen Bereichen der Verwaltung und Politik beachtet: „Niemand will nur mitgemeint sein“.
7. Im Frauenförderplan werden bedarfsgerechte, flexible Arbeitszeitmodelle in der Verwaltung umgesetzt, die Lebenssituation von Alleinerziehenden wird besonders berücksichtigt.
8. Bildungsangebote für Mädchen und Jungen zur Geschlechterrolle werden durch Angebote professioneller Sexualkunde in Schulen unterstützt.

Frauenförderung und Gender Mainstreaming – sich ergänzende Wege

Viele Entscheidungen in politischen und verwaltungsinternen Zusammenhängen erscheinen auf den ersten Blick ohne unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Bei genauerem Hinsehen finden sich jedoch Benachteiligungen auf struktureller Ebene. Zur Sensibilisierung und zur Entwicklung einer gleichstellungsorientierten Perspektive hat der Kreistag bereits 2002 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Gender Mainstreaming muss auch weiterhin als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Politik und Verwaltung verankert sein.

Das Team des Fachbereichs Chancengleichheit mit interner und externer Frauenbeauftragten ist wesentlicher Motor zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Verwaltung und informiert in politischen Gremien.

Gender-Budgeting – die geschlechtergerechte Haushaltspolitik

Bei der Erstellung des Haushaltsplanes haben wir die Einführung von Gender-Budgeting eingeleitet, in ausgewählten Bereichen werden die Ausgaben auf ihre jeweiligen Auswirkungen für Frauen und Männer überprüft und dokumentiert. Die Ausweitung auf alle haushaltsrelevanten Bereiche soll umgesetzt werden. Das Bewusstsein für die potentiellen Unterschiede zwischen Frauen und Männern ist durch ständige Aufklärung zu stärken. Entsprechende Schulungen für Führungskräfte werden durchgeführt. Parlamentsinitiativen werden auf ihre jeweiligen Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüft und diese in den Vorlagen dokumentiert. Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird geachtet.

Die Frauenkommission des Landkreises

Die Frauenkommission des Landkreises wird als beratendes und empfehlendes Gremium für den Kreisausschuss für frauenpolitische Themen beibehalten. Die Initiativen der Kommission als Schnittstelle zwischen Sachkundigen Bürger*innen, Freien Trägern und Politik zu thematischen Schwerpunkten fließen in die Entscheidungen des Kreisausschusses ein. Die Kommission hat ein Antragsrecht.

Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf

Der Ausstieg von Frauen aus dem Berufsleben wegen der Erziehung der Kinder oder der Pflege von Familienangehörigen führt zu einer abhängigen Einkommenssituation. Durch Teilzeitarbeit und Minijobs wird die eigenständige Existenzsicherung verhindert. Das Armutsrisiko steigt. Rahmenbedingungen, die Frauen und Männern Elternzeit mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und ohne Einbußen von beruflicher Anerkennung und ohne Karriereeinbrüche ermöglichen, sind erforderlich. Hierzu gehört auch die Teilbarkeit von Führungspositionen. Die Rückkehr an den Arbeitsplatz muss begleitet werden, der Ausbau bedarfsgerechter Kinderbetreuung mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten muss vorangetrieben werden. Gleichzeitig müssen Männer verstärkt ermutigt werden, echte Elternzeit in Anspruch zu nehmen, soziale und familiäre Verantwortung zu übernehmen.

Die erfolgreichen Angebote zur Qualifizierung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt für Frauen, die längere Zeit aus ihrem Beruf ausgeschieden sind, werden weiter unterstützt.

DIE GRÜNEN werden sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass mehr Frauen der Weg in Führungspositionen ermöglicht wird. Maßnahmen im Frauenförderplan der Kreisverwaltung und der Eigenbetriebe sind besonders darauf auszurichten. Initiativen zur eigenständigen Existenzgründung von Frauen werden als Bestandteil der Wirtschaftsförderung betrachtet und unterstützt.

Finanzielle Sicherheit

Die finanzielle Sicherung der sozialen Netzwerke und Projekte zu Prävention und Gewaltschutz, von Frauenbildungseinrichtungen zur Beratung und Qualifizierung für Wiedereinsteigerinnen und zur psychosozialen Beratung sowie Beratung bei Trennung und Scheidung wird weiterhin über Leistungsverträge abgesichert. Eine jährliche Dynamisierung der Mittel wird fortgesetzt. Die GRÜNEN sehen dies als notwendigen Beitrag zur Erhaltung der entstandenen Netzwerke, denn eine kontinuierliche Absicherung dieser Strukturen führt zur Stärkung und Anerkennung der zahlreichen Eigeninitiativen. Dies darf auch in Zeiten knapper Kassen, wie in der Folge der Corona Krise zu erwarten, nicht zur Disposition stehen.

Gewaltschutz

Mit den Leistungsverträgen ist auch die finanzielle Absicherung der Beratungsstrukturen vor allem für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, verbessert. Wir wollen uns für langfristige Finanzierungsverträge einsetzen, denn sie sichern den Fortbestand der Projekte und sichern durch personelle Kontinuität auch eine hohe Professionalität.

Die Erweiterung des Platzangebots des Frauenschutzhouses wird unterstützt. Mittel, die zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verfügung stehen, sollen zum Ausbau von Familienzimmern genutzt und durch den Landkreis kofinanziert werden. Das Beratungsangebot wird auf den gesamten Landkreis ausgeweitet.

LSBT*IQ in einem vielfältigen und weltoffenen Landkreis

Auch bei uns im Landkreis spiegelt sich die gesellschaftliche Vielfalt wider. Einen LSBT*IQ- (Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen) freundlichen Landkreis wollen wir leben und anerkennen. Gleichzeitig fehlen jedoch Angebote oder sie sind nicht ausreichend bekannt. Wir wollen kommunale Ansprechpartner*innen schaffen, insbesondere für queere Jugendliche und Material erstellen, das über Beratungsmöglichkeiten, Ansprechpartner*innen und weitere Angebote in der Kommune und ihrer näheren Umgebung informiert. Dabei wollen wir mit den vom Land geschaffenen regionalen Netzwerkstellen und allen Akteur*innen der Region zusammenarbeiten, um einen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt mit folgenden Maßnahmen ins Leben zu rufen:

Unsere Ziele:

- Schaffung und Absicherung überregionaler Angebote für queere Lebensvielfalt, indem Selbstorganisationen, Initiativen und Vereine der LSBT*IQ noch besser unterstützt werden. Wir betrachten sie als wertvolle Partner*innen für einen vielfältigen und bunten Landkreis. Gemeinsam wollen wir ein Beratungskonzept „Queeres Leben“ erarbeiten. Darin sollen Bestand und Bedarf an Beratungsstellen für LSBT*IQ aufgezeigt werden.
- Mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle für queeres Leben wollen wir in der Verwaltung eine verlässliche und für die Thematik sensibilisierte Anlaufstelle schaffen. Neben der Vernetzung von Vereinen und Initiativen des queeren Lebens sowie der Arbeit für Akzeptanz und Vielfalt hat diese außerdem die Aufgabe, die Diversity-Kompetenz der Verwaltung zu stärken und Schulen auf Angebote für queere Aufklärung sowie die Vermittlung von Respekt und Toleranz gegenüber queerer Liebe (SCHLAU) hinzuweisen.
- Bei familien- und jugendhilfepolitischen Maßnahmen wollen wir in Zukunft noch größeren Wert auf vielfältige Familienformen, wie etwa Patchwork-Familien und Regenbogenfamilien legen.
- Queere Geflüchtete sind häufig Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt und haben es in Gemeinschaftseinrichtungen besonders schwer. Durch Peer-to-Peer-Angebote und professionelle Beratung wollen wir ihrer besonderen Situation gerecht werden.
- In öffentlichen Gebäuden wollen wir im Zusammenhang mit Sanierungsmaßnahmen sowie bei Neubauten vermehrt geschlechtsneutrale Toiletten einrichten. Diese stehen allen Menschen zur Verfügung und sind in zahlreichen europäischen Ländern Normalität. Bei Baumaßnahmen von Schulen und Sporthallen wollen wir vermehrt Einzel- statt Sammelumkleiden.
- Im Alter sind LSBT*IQ aufgrund geringerer familiärer Unterstützung bzw. höherer Kinderlosigkeit stärker auf professionelle Einrichtungen der Altenhilfe angewiesen. Wir wollen für queere Menschen im Alter ein diskriminierungsfreies von Akzeptanz und Respekt geprägtes Umfeld schaffen. Deshalb wollen wir den Mitarbeiter*innen entsprechender Einrichtungen sowie denen von Pflegediensten Schulungsangebote und Fortbildungsmaterialien anbieten. Ferner sollen in Kooperation mit dem Seniorenbeirat und den Pflegekonferenzen Maßnahmen für queere Senior*innen erarbeitet werden.

Solidarische Gesellschaft

Diskriminierung und Rassismus erteilen wir ein klares Nein. Es darf auch in Zukunft weder strukturelle Diskriminierung noch rassistische Ausgrenzung von Menschen geben, ganz gleich, in welchen Erscheinungsformen.

Unsere Ziele:

1. Gemeinsam mit „Bunt ohne Braun – Bündnis gegen Rechts“ im Landkreis Darmstadt-Dieburg Präventions- sowie Interventionsmaßnahmen verstärken.
2. Mit der Einrichtung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle im Landkreis sollen Betroffene eine Anlaufstelle mit Recht auf kostenlose Beratung und juristische Unterstützung haben.
3. Der bestehende **Kreisausländerbeirat** muss durch Einbeziehung von Delegierten der neu geschaffenen Integrationskommissionen der kreisangehörigen Kommunen gestärkt werden. Der Beirat sollte darüber hinaus ein eigenständiges Antragsrecht im Kreistag erhalten.

Wir unterstützen die Ausländerbeiräte. Diese sind derzeit die einzigen politischen Stimmen der Menschen mit nichtdeutschem Pass, besonders für nicht wahlberechtigte Einwohner*innen in unserem Landkreis.

Der im Landkreis eingerichtete Kreisausländerbeirat, der mangels ausreichender Teilnahme der wenigen Ausländerbeiräte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bisher nur bedingt für die Ausländer*innen des Landkreises sprechen kann, muss substantiell gestärkt werden. Er hat eine wichtige Funktion bei der Integration der hier ansässigen Ausländer*innen, da er ihnen politische Partizipation ermöglicht. Im Hinblick auf die von der schwarz-grünen Landesregierung ermöglichte Bildung von Integrationskommissionen auf kommunaler Ebene muss gewährleistet werden, dass auch Vertreter*innen aus diesen Gremien zu Delegierten für den Kreisausländerbeirat gewählt werden können. Dies wird bei der Konstituierung des Gremiums im kommenden Jahr unser politisches Ziel sein, damit der Beirat sichtbar die im Landkreis lebenden Ausländer*innen vertreten kann.

Der Kreisausländerbeirat sollte darüber hinaus ein eigenes Antragsrecht für den Kreistag erhalten.

Migration und Integration

Für eine menschliche Flüchtlingspolitik und aktive Integrationsarbeit im Landkreis

GRÜNE Politik strebt das vielfältige und tolerante Zusammenleben aller Menschen an. Wir möchten weiterhin ein friedliches Miteinander aller Menschen auf der Basis von Respekt und Wertschätzung in einer Gesellschaft der Vielfalt pflegen. Die Herausforderungen einer pluralen Gesellschaft sehen wir als Chance an. Denn ebenso, wie uns Gemeinsamkeiten verbinden, bereichern uns auch unsere Unterschiede. Die Voraussetzung dafür sehen wir im Dialog auf Augenhöhe.

Unsere Ziele:

- Die Weiterentwicklung von bewährten Integrationskonzepten unter Einbeziehung weiterer Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft von Migrantinnen und Migranten-Selbstorganisationen
- Jährliche Berichte des Büros für Migration und Inklusion über die Erfolge und Herausforderungen der Migrations- und Integrationsprozesse
- Ausbau der bestehenden Möglichkeiten zur Partizipation der Migrant*innen an den Entscheidungsprozessen des Landkreises

In den Jahren 2015-2017 sind besonders viele Menschen in unseren Landkreis gekommen, die aufgrund von Krieg, Verfolgung und Unterdrückung ihr Land verlassen mussten. Bis heute kommen Menschen aus diesen Gründen zu uns, aber in weit geringerer Anzahl. Auch aus verschiedenen anderen Gründen kommen Menschen aus anderen EU-Staaten oder aus Ländern der ganzen Welt in unseren Landkreis. Diese Menschen bereichern unsere Gesellschaft auf verschiedene Arten, gleichzeitig stellt ihre Integration - die uns GRÜNEN sehr wichtig ist - die Verwaltung und die Zivilgesellschaft vor neue Herausforderungen.

Durch eine intensive und wertschätzende Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen der Verwaltung des Landkreises mit den Verwaltungen der verschiedenen Kommunen, den freien Trägern und den vielen ehrenamtlichen Akteur*innen vor Ort, ist im Landkreis in den letzten Jahren sehr viel erreicht worden, um den zugezogenen Menschen gute Lebensbedingungen im Landkreis zu ermöglichen. Diesen Erfolgskurs wollen wir fortsetzen, an positive Erfahrungen und Konzepte anknüpfen, aus Fehlern lernen, bestehende Konzepte weiter- oder bei Bedarf neue entwickeln.

Wichtig ist uns dabei:

1. Die Kooperation und der Dialog zwischen den Hauptamtlichen im Landkreis, den Kommunen und den Ehrenamtlichen sowie mit den Migrant*innen selbst muss fortgesetzt werden, entstandene Netzwerke weiter gepflegt werden.
2. Die Kommunen sollen weiterhin selbst entscheiden können, ob sie die Strukturen der Sozialen Betreuung der Geflüchteten vor Ort selbst organisieren und dafür finanziell vom Landkreis unterstützt werden wollen oder ob der Landkreis dafür freie Träger für die einzelnen Kommunen beauftragen soll.
3. Die Kultur der Anerkennung und Wertschätzung der vielen Ehrenamtlichen im Bereich Asyl und Migration in den Kommunen muss fortgesetzt werden (z.B. durch Veranstaltungen, Zuschüsse des Landkreises für Formen der Anerkennung in den Kommunen).
4. Es müssen bedarfsgerechte Sprachkurse durch freie Träger oder bei der VHS angeboten werden, wobei auch die besonderen Bedarfe von Frauen berücksichtigt werden.
5. Die spezifischen Bedarfe von Migrant*innen müssen in allen Lebensphasen und für alle gesell-

schaftlichen Gruppen im Handeln des Landkreises mitgedacht werden:

- In der Kita, in den Schulen, Angebote für Familien, bei der Unterstützung rund um das Erwerbsleben, beim selbstbestimmten Leben im Alter in der eigenen Wohnung oder (Pflege-)Einrichtungen
- Für Menschen aller Geschlechter, Menschen mit Behinderungen, Kinder, Jugendliche, Senioren....

6. Die Interkulturelle Kompetenz in der Gesellschaft, besonders jedoch in der Verwaltung und in den Bereichen, die der Landkreis unmittelbar beeinflussen kann, soll verbessert werden. Kulturelle Vielfalt soll sich auch bei den Mitarbeitenden in allen Bereichen der Verwaltung wiederfinden.
7. Die Förderung der politischen Teilhabe aller Menschen unabhängig ihres Aufenthaltsstatus soll ausgebaut werden. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen verstärkt in die Netzwerke und politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden.
8. Große Gemeinschaftsunterkünfte sollen soweit als möglich vermieden werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Menschen, die längere Zeit in Gemeinschaftsunterkünften wohnen müssen, obwohl sie eigenes Einkommen haben, angemessene Nutzungsentgelte bezahlen.

Demografischer Wandel

Senior*innenpolitik zwischen Selbstbestimmung und Pflege

Die Einwohner*innenzahl des Landkreises steigt kontinuierlich. Dabei ist die Altersstruktur auch bei uns vom demografischen Wandel gekennzeichnet. Darauf klug zu reagieren und für alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen, ist Ziel GRÜNER Politik. Der demografische Wandel – längere Lebenserwartung und geringere Geburtenrate – betrifft viele Lebensbereiche.

Häufig bestimmen zunehmende Altersarmut oder gesundheitliche Einschnitte die Lebensverhältnisse. Andererseits führen viele Menschen bis ins hohe Alter ein aktives Leben. Ein Miteinander der Generationen und neue Wohn- und Unterstützungsformen sollen ein selbständiges Leben im Alter weitgehend ermöglichen.

Unsere Ziele:

1. Kündigung der Mitgliedschaft des Landkreises im Zweckverband SENIO
2. Sofortige Umsetzung des Kreistagsbeschlusses, ein Konzept für die Auflösung des SENIO Verbandes vorzulegen
3. Ausbau der psychosozialen Beratung und therapeutischen Begleitung der pflegenden Angehörigen, insbesondere von Demenzkranken
4. Mobiles Beratungsangebot der Pflegestützpunkte ausbauen
5. Unterstützung von Ehrenamtlichen, Initiativen und Netzwerken, die sich um die Versorgung und Betreuung von älteren Menschen kümmern
6. Anpassung und barrierefreie Gestaltung der Infrastruktur, damit sie auch für ältere Menschen möglichst lange selbständig nutzbar ist
7. Unterstützung wohnortnaher Palliativteams und Hospizvereine
8. Unterstützung von Projekten, die die Entwicklung neuer Lebensformen für aktive, alte Menschen und generationsübergreifende Modelle zum Ziel haben

Grundsätzlich zeigt die Versorgung im Bereich Altenhilfe, dass sie in der Hand von freien Trägern funktioniert. Deshalb sollte die öffentliche Hand nur dort eingreifen, wo neue Modelle von Lebens- und Pflegeformen ausprobiert werden, die von freien Trägern so (noch) nicht angeboten werden. Der Zweckverband Senio unterhält, bzw. die Gersprenz GmbH betreibt, im Ostkreis Pflegeheime und andere Altenhilfeeinrichtungen in Konkurrenz zu anderen privaten und gemeinnützigen Trägern. Der Träger ist ein Zusammenschluss von Ostkreis-Gemeinden und Landkreis. Die Vertreter des Landkreises haben in der Verbandsversammlung den Antrag zur Auflösung des Senio Verbandes eingebracht, wie es im Kreistag beschlossen wurde. Die Entscheidung darüber soll nach Klärung der Vermögensaufteilung und der Frage des Übergangs der Immobilienvermietung an die Gersprenz getroffen werden. Die inzwischen gut funktionierende Gersprenz soll als eigenständiger Pflegebetrieb erhalten werden.

In der Altenhilfe und der Altenpflege gelten nicht nur für die GRÜNEN die Grundsätze:

„Integration ins Gemeinwesen vor Ort“, „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Ambulant vor stationär“.

Pflegende Angehörige und Pflegebedürftige haben großen Bedarf an und ein Anrecht auf Beratung.

Die Pflegestützpunkte leisten hier gute und wichtige Arbeit. Wir sind froh, dass neben dem Pflege-

stützpunkt in Dieburg auch für die Menschen im Westkreis in Pfungstadt ein weiterer Pflegestützpunkt eingerichtet wurde.

Zusätzlich ist es notwendig, dass der Landkreis die Begleitung von Menschen mit Demenz stärker unterstützt, z.B. durch Schulungen für Angehörige, Haupt- und Ehrenamtliche, durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie durch Vernetzung der unterschiedlichen Akteure im gesamten Kreisgebiet. Das Ziel ist eine „Demenzfreundliche Gesellschaft“.

Altersarmut ist ein gravierendes Problem für die betroffenen Menschen. Altersarmut ist oft mit Vereinsamung, schlechter Wohnsituation, mangelhafter medizinischer Versorgung, Beschränkung bei Ernährung, Kleidung und Mobilität verbunden. Wir wollen uns dafür einsetzen, Betroffene mit Hilfsangeboten und Beratung zu unterstützen.

Damit auch ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, brauchen wir Mobilitätskonzepte in Stadt und Land, die den Bedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen entsprechen, sowie eine erreichbare Gesundheitsinfrastruktur, eine Grundsicherung im Alter, bezahlbaren Wohnraum. Dies muss in den politischen Entscheidungen als Querschnittsaufgabe mitgedacht und umgesetzt werden.

Gesundheit, Medizinische Versorgung und Prävention

Gute Gesundheitsversorgung mit wohnortnahen Angeboten aller stationären und ambulanten Leistungen ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Die Kreisklinken an den Standorten Groß-Umstadt und Seeheim-Jugenheim gilt es daher mit ihrem vielfältigen Angebot zu erhalten und den geplanten Ausbau zu sichern.

Während der Standort Groß-Umstadt vorwiegend der allgemeinen Grundversorgung der Bevölkerung dient, sind in Seeheim Jugenheim spezialisierte Angebote der Orthopädie und der Traumatologie sowie der Intensivmedizin entstanden, um ein umfassendes präventives, ambulantes und stationäres Angebot zu bieten. Mit der Gründung von hausärztlichen und fachärztlichen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) hat der Landkreis auch Verantwortung für die ärztliche Versorgung in den Kommunen übernommen, in denen diese durch Praxisschließungen gefährdet ist.

Unsere Ziele:

- Formen der Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die die individuellen Lebenssituationen der einzelnen Mitarbeiter*innen berücksichtigen
- Die Vernetzung von Kliniken, Ärzten, Heil- und Pflegeberufen durch Ärztehäuser, Medizinische Versorgungszentren und Plattformen zum Informationsaustausch unterstützen wir
- Die (Wieder-) Einführung der „Gemeindeschwester“ als Bindeglied zwischen Ärzten und ambulanten Pflegediensten
- Ausbau von Modellprojekten, wie E-Health: digitale Sprechstunden mit multiprofessionellen Teams
- Sicherung der geburtshilflichen Versorgung auch im ländlichen Bereich und Wahlfreiheit des Geburtsortes gewährleisten
- Die Hebammenversorgung als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung anerkennen und entsprechend zu entlohnen.
- Unterstützung von hebammengeleiteten Geburtshäusern

Qualitätssicherung durch Personalmanagement

Garantie für den langfristigen erfolgreichen Bestand der Kliniken in der öffentlichen Hand sind gut ausgebildete Mediziner*innen und gut ausgebildetes Pflegepersonal. Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sind neben leistungsgerechter Bezahlung und einem guten Betriebsklima dafür die grundlegenden Voraussetzungen.

Deshalb wollen wir Formen der Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die die individuellen Lebenssituationen der einzelnen Mitarbeiter*innen berücksichtigen. Nicht erst die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass es notwendig ist, Gesundheitsberufe wieder attraktiver zu gestalten und angemessene Arbeitsbedingungen zu bieten.

Vernetzung und Kooperationen

Die Reformen im Gesundheitswesen und medizinischer Fortschritt bei zunehmender Spezialisierung machen eine stärkere Vernetzung der Disziplinen sowie der stationären und ambulanten Einrichtungen erforderlich. Die Zusammenarbeit von Kliniken, Ärzten, Heil- und Pflegeberufen ist für DIE GRÜNEN daher unverzichtbar. Die Vernetzung dieser Berufsgruppen durch Ärztehäuser, Medizinische Versorgungszentren und Plattformen zum Informationsaustausch unterstützen wir deshalb. Vorrangig sehen wir allerdings die Verantwortung bei den Angehörigen der Berufe im Gesundheitswesen bzw. deren Standesorganisationen. Der Betrieb von Einrichtungen durch den Landkreis erscheint uns nur die letz-

te Möglichkeit, wenn nachweislich ein Versagen des Gesundheitsmarktes vorliegt. Als Voraussetzung für die Gründung von MVZs wurden im Kreistag einheitliche Kriterien festgelegt. Neben der finanziellen Unterstützung durch die Kommunen hat für uns dabei eine Standortplanung hohe Priorität.

Hinsichtlich des Erhalts der hausärztlichen Versorgung ist unseres Erachtens die Bundespolitik gefordert. Ergänzend zur hausärztlichen Versorgung stellen wir uns die (Wieder-) Einführung der „Gemeindegeschwester“ als Bindeglied zwischen Ärzten und ambulanten Pflegediensten vor. Selbstverständlich müssen Ausbildung und klare Definition der Befugnisse die medizinische Qualität gewährleisten. Im Modell „Nichtärztliche Praxisassistent*in“ (NÄPA) sehen wir einen zukunftsweisenden Ansatz.

Den Ausbau von koordinierten, digitalen Modellprojekten von E-Health - d.h. digitalen Sprechstunden mit multiprofessionellen Teams - wollen wir voranbringen. Durch aktuell vorgesehene gesetzliche Änderungen scheint der Weg hierzu geebnet.

Hebammenversorgung sichern

Im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge kommt den Hebammen eine wichtige Rolle zu, da sie die individuelle Versorgung der Schwangeren, professionelle Hilfe bei der Geburt, die Beratung über alle Fragen der Schwangerschaft und die Nachsorge für die Mütter, die entbunden haben, gewährleisten. Diese Dienstleistungen sind inzwischen stark gefährdet. Hier sehen wir die Bundespolitik in der Pflicht, durch einheitliche Regelungen das Aussterben eines Berufszweigs zu verhindern. Sowohl die Vergütungsanhebung als auch neue Modelle zum Versicherungsschutz sind Voraussetzungen für die Planungssicherheit der Betroffenen.

Die Versorgung in der Geburtshilfe mit freiberuflichen Hebammen nimmt dramatisch ab, immer öfter suchen werdende Mütter vergeblich nach einer Hebamme. Durch die dramatische Erhöhung der Haftpflichtversicherungsprämien sahen sich viele Hebammen gezwungen, ihren Beruf aufzugeben. Auch aus Altersgründen scheiden derzeit viele Hebammen aus dem Berufsleben aus, nur wenige junge rücken nach. Das gesetzlich verbrieftete Recht auf freie Wahl des Geburtsortes ist dadurch gefährdet. Und diese Entwicklung bedroht nicht nur die Existenz von hebammengeleiteten Geburtshäusern. Auch in den Kliniken ist bereits der Mangel an Hebammen zu spüren. Das hat dramatische Auswirkungen auf die Versorgung von Schwangeren vor und während der Geburt und bei der Betreuung nach der Geburt.

Eine Unterstützung durch den Landkreis ist also dringend geboten, auch wenn die Vergütung der Hebammen in erster Linie Sache der Krankenkassen bzw. ihrer Dachverbände ist. Eine gute Versorgung mit Hebammen ist eine wichtige Gesundheitsaufgabe, die der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit Nachdruck verfolgen muss. Ein erster Schritt wurde mit der Einrichtung eines Runden Tisches im Landkreis gemacht, um das Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen. Die Ergebnisse der von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Studie zur Strukturanalyse, um belastbare Zahlen für die bedarfsgerechte Nachsteuerung zu erhalten, stehen noch aus.

Eine Zusammenfassung der Beratungsangebote im Landkreis wird im Familienwegweiser bereitgestellt.

Der besonderen Situation von Geflüchteten, Asylbewerber*innen und Migrant*innen muss auch in diesem sensiblen Bereich Rechnung getragen werden, z. B. durch Informationen in entsprechenden Sprachen, ggf. unter Hinzuziehung von Dolmetscher*innen usw.

Wirtschaft und Finanzen

Die Wirtschaft dient dem Menschen und dem Gemeinwohl und nicht umgekehrt. Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit ist der Kern eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Dafür braucht es den Wandel hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, die Wachstum, Effizienz, fairen Wettbewerb und Innovation als Mittel zu Erreichung von mehr Lebensqualität nutzt, weltweit und für zukünftige Generationen. Wohlstand definiert sich nicht allein durch materiellen Reichtum, sondern meint Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit, Zeitsouveränität, gesunde Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelle Teilhabe und ein friedliches Zusammenleben.

Unsere Ziele:

- Der Landkreis unterstützt im Rahmen seines „Netzwerk Wirtschaftsförderung im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ mit seiner fundierten Beratungskompetenz bei Überbrückungshilfen und Förderprogrammen.
- Die Beantragung bei den jeweilig zuständigen Körperschaften vornehmlich für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wird unterstützt.
- Wir unterstützen die kreativen Ansätze der Startup-Szene in den Bereichen Ökologie, Sozialunternehmertum, Sharing-Economy und Digitalisierung.
- Unbürokratische Beratung zu den Fördermaßnahmen betrachten wir als wichtige Unterstützung für aussichtsreiche Unternehmensneugründungen.
- Wir unterstützen diese Initiativen auch weiterhin. Der Erfolg bemisst sich dabei aber nicht nur an Gewinnperspektiven, sondern insbesondere auch an ökologischen und sozialen Maßstäben. Wachstum ist für uns GRÜNE kein Wert an sich. Ein stabiles Angebot an Ausbildungsplätzen für junge Menschen ist ein wesentlicher Baustein.
- Der Landkreis bietet für Unternehmen Unterstützung durch das Angebot von weiteren Qualifizierungsmaßnahmen für gering Qualifizierte und Migrant*innen.
- Wir bauen Brücken zwischen Arbeitswelt und gesellschaftlicher Teilhabe - mit dreifachem Mehrwert: Qualifikation, Integration und Fachkräftesicherung
- In die jeweilige Vergabeentscheidung fließt dabei nicht nur ein, ob das Angebot das günstigste ist, sondern es wird auch bewertet, ob ein Unternehmen ökologisch produziert, nach Tarif bezahlt, Menschen mit Behinderung beschäftigt, junge Leute ausbildet oder Gleichstellung im Betrieb praktiziert.
- Die Mittel, über die die Kreispolitik frei entscheiden kann, müssen gezielt nach Prioritäten eingesetzt werden. Wir GRÜNEN legen dabei im Wesentlichen unser Augenmerk auf Bildung für Alle, Bewahrung von Umwelt und natürlichen Ressourcen sowie Chancenverbesserung für die sozial Schwachen.

Sozial-Ökologische Marktwirtschaft und Lebensqualität

Der Landkreis sowie die Städte und Gemeinden tragen durch eine gezielte Wirtschaftsförderung im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu bei, den notwendigen Umbau der Wirtschaft mitzugestalten und damit bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue qualifizierte Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen.

Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise und ihrer akuten und mittelfristigen Folgen

Welche zukünftigen Liquiditätshilfemaßnahmen für die Wirtschaft seitens des Bundes und des Landes zur Verfügung gestellt werden, bleibt abzuwarten. Aktuell sind viele kleine und auch mittlere Betriebe

mit den bestehenden Verfahren überfordert.

Startup-Standort Hessen/Landkreis Darmstadt-Dieburg

Immer mehr Gründer*innen entdecken laut „Deutschem Startup Monitor 2020“ Hessen als das Bundesland, in dem sie ihre Startup-Pläne realisieren können. Während zahlreiche Bundesländer mit Stagnation und Rückgang der Anzahl aktiver Startups zu kämpfen haben, sind in Hessen insgesamt 7,3 Prozent der deutschen Startups zuhause. Speziell die kreativen Ansätze der Startup-Szene in den Bereichen Ökologie, Sozialunternehmertum, Sharing Economy und Digitalisierung unterstützen wir, fördern aussichtsreiche Unternehmensneugründungen unbürokratisch.

Förderung mittelständischer Unternehmen in der Region

Im „Netzwerk Wirtschaftsförderung im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ haben sich die Wirtschaftsförderung des Kreises mit den 23 kreisangehörigen Städten- und Gemeinden zusammengeschlossen, um auf diesem Weg für Unternehmer*innen, Investor*innen und Existenzgründer*innen eine schnelle, umfassende und unkomplizierte Unterstützung anzubieten. Ökologische und soziale Maßstäbe sind dabei unsere bevorzugte Richtschnur, neben einem stabilen Angebot an Ausbildungsplätzen, sowie Qualifizierungsmaßnahmen für gering Qualifizierte und Migrant*innen.

Der Landkreis als Auftraggeber von Unternehmen in der Region

Im Rahmen des aktuellen Schulbau- und Schulsanierungsprogramms werden seitens des Landkreises zahlreiche Aufträge auch an Handwerker und andere Firmen aus der Region vergeben. Jeder Zuschlag für ein Unternehmen aus der Region stabilisiert Arbeitsplätze. Ökologische Produktion, Tariforientierung, Inklusion, Gleichstellung, Ausbildungsangebote sind hierbei wichtige Entscheidungsmerkmale bei der Auftragsvergabe.

Nachhaltige Finanzpolitik

Die Corona-Pandemie hat enorme Auswirkungen auf alle Lebensbereiche und alle staatlichen Ebenen. Insbesondere die finanziellen Herausforderungen dieser Ausnahmesituation können Bund, Land und Kommunen nur gemeinsam bewältigen. Das Land Hessen stellt (Stand Dezember 2020) bis zu 2,5 Milliarden Euro zur Unterstützung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Verfügung. In einem ersten Maßnahmenpaket werden große Teile der ausfallenden Gewerbesteuererinnahmen kompensiert. Mit dem Corona-Kommunal-Paket, einer Vorauszahlung der Schlüsselzuweisungen sowie einer vorzeitigen Auszahlung der Gemeinschaftssteuern hat Hessen frühzeitig gehandelt. Aufgrund der Anstrengungen in den vergangenen Jahren sind die hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise gut gerüstet. Corona bedeutet für alle staatlichen Ebenen zusätzliche Ausgaben bei gleichzeitig einbrechenden Steuereinnahmen. Deshalb braucht es in der Zukunft gemeinsame Anstrengungen der Konsolidierung. Selbstverständlich auch in den hessischen Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Solide Haushaltsführung

Eines der wichtigsten Ziele der GRÜNEN Finanzpolitik in den vergangenen Jahren war und ist unverändert die Konsolidierung und der Abbau von Defiziten in öffentlichen Haushalten. Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und gesetzlichen Regeln für die Begrenzung der Kreditaufnahme. In Zeiten der Corona-Pandemie müssen wir uns allerdings von diesem Haushaltsziel für eine gewisse Zeit verabschieden, um desaströse Schäden von unserem Gesellschaftssystem, der Wirtschaft und unseren Bürgern abzuhalten. Die weitere Entwicklung und damit die weiteren Erfordernisse sind augenblicklich schwer einzuschätzen und müssen abgewartet werden. Wir fahren im Moment auf Sicht.

Woher nehmen...

Die beiden einzigen faktischen Einnahmequellen des Kreises sind zum Einen der kommunale Finanzausgleich (Steuermittel, die vom Land Hessen verteilt werden) und zum Anderen die Kreisumlage, also die finanzielle Ausstattung des Kreises durch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Nur auf letztere hat die Kreispolitik einen aktiven Einfluss und muss sich dabei aber an der aktuellen Haushaltslage der Gemeinden orientieren. Weiterhin erhebt der Landkreis bei seinen Städten und Gemeinden die Schulumlage.

Im Kreishaushalt gibt es nur wenige Einsparmöglichkeiten. Überwiegend handelt es sich bei den Ausgaben um gesetzliche Pflichtleistungen/Transfers an Leistungsbezieher im Bereich Soziales (SGB II Hartz IV und SGB XII Sozialhilfe und Altersgrundsicherung) sowie Leistungsbezieher nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Weniger als 10% der Gesamtausgaben sind sogenannte „freiwillige Leistungen“. Zu ihnen zählen Präventionsmaßnahmen im sozialen und schulischen Bereich wie z.B. Schulsozialarbeit und Erziehungsberatungsstellen.

Haushaltskonsolidierung/Gestaltung

Das Grundprinzip der Nachhaltigkeit gilt für uns GRÜNE auch im Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft. Trotz enger finanzieller Spielräume im Kreishaushalt, auch schon in den vergangenen Jahren, müssen diese mit Inhalten und Strategie gefüllt werden. Deshalb haben wir in der letzten Wahlperiode auf allen politischen Ebenen des Landkreises intensiv an der Konsolidierung der Kreisfinanzen mitgewirkt. Im Kreistag und seinem Haupt- und Finanzausschuss, ebenso wie im Kreisausschuss und in vielen koalitionsinternen Beratungen. Konsolidierung mit der Maßgabe der Nachhaltigkeit ist etwas anderes als einfach überall querbeet Einsparungen vorzunehmen. Wir wollen uns im Rahmen des Machbaren die Möglichkeit zur politischen Gestaltung nicht nehmen lassen.

Investitionen in die Zukunft

Wichtig ist uns allerdings bei Investitionen, wie beispielsweise unserem Schulbauprogramm, dass die finanziellen Mittel für nachhaltige, soziale und ökologische Ziele möglichst effektiv und intelligent eingesetzt werden. Daher unterscheiden wir ganz deutlich, ob Darlehen für den erforderlichen Neubau von Schulgebäuden oder die Sanierung bestehender Schulgebäude aufgenommen werden oder ob defizitäre Ergebnishaushalte (laufende Ausgaben) über die Aufnahme von Kassenkrediten finanziert werden müssen.

Die Aufwendungen gehören immer wieder auf den Prüfstand. Wir erwarten aber auch, dass Bund und Land den Landkreis finanziell so ausstatten, dass er seine gesetzlich übertragenen Aufgaben wahrnehmen kann.

Die Mittel, über die die Kreispolitik frei entscheiden kann, müssen gezielt nach Prioritäten eingesetzt werden. Wir GRÜNEN legen dabei im Wesentlichen unser Augenmerk auf Bildung für Alle, Bewahrung von Umwelt und natürlichen Ressourcen sowie Chancenverbesserung für die sozial Schwachen.

Regionale Zusammenarbeit/Regionalentwicklung

Das Zusammenleben und das Erreichen von vielen Zielen, können nur gelingen, wenn wir in größeren Zusammenhängen denken, planen und handeln. Regionalpolitik wie wir GRÜNEN sie verstehen, muss deshalb mehr sein, als die Berücksichtigung der Summe von lokalen Einzelinteressen. Sie muss vielmehr die großen Herausforderungen der Zukunft - wie den Klimawandel, die Erreichung der Klimaziele, den Erhalt der Artenvielfalt, die Eindämmung des Flächenverbrauches u.a. - anpacken.

Politiker*innen von den Städten und Landkreisen werden in die Regionalversammlung entsandt und bestimmen somit die Politik für die ganze Region.

Die Regulierung von Siedlungsflächen bei Sicherung von Freiräumen und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regionalpolitik. Ergänzt wird dies durch die Aufgaben, die Mobilität der Menschen ebenso wie die Versorgung mit Energie, Gütern und Nahrungsmitteln umweltverträglich zu gewährleisten.

Unsere Ziele:

- Aufnahme von klimapolitischen Zielsetzungen in das zu erstellende regionale Entwicklungskonzept und den Regionalplan
- Vorrangige Entwicklung von Konversionsflächen und innerörtlichen Brachen
- Ausweisung neuer Siedlungsflächen und Gewerbegebiete, vornehmlich im Einzugsbereich des ÖPNV und bestehender vorzugsweise schienengebundener Verkehrsinfrastruktur
- Aktive Freiraumsicherung mit Aufwertung der ökologischen Qualität
- Schutz der natürlichen Ressourcen wie Böden und Grundwasser, sowie Minimierung der Rohstoffausbeutung
- Stärkung einer menschen- und umweltgerechten Mobilität durch Ausbau und Integration unterschiedlicher Verkehrsmittel (Umweltverbund)
- Sicherung von Flächen für die dezentrale Erzeugung regenerativer Energie
- Weiterentwicklung von Auf- und Ausbau interkommunaler Zusammenarbeit

Klimaziele und Anpassung an den Klimawandel im Regionalplan konsequent verfolgen

Um die EU-Klimaziele, d.h. 55 % weniger CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 bis zum Jahr 2030, zu erreichen, müssen alle Steuerungsmöglichkeiten genutzt werden. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass im Regionalplan für die Kommunen klare Rahmenbedingungen festgelegt werden, mit Hilfe derer der CO₂-Ausstoß reduziert, die CO₂-Bindung verbessert und der Ressourcenverbrauch eingedämmt wird sowie Anpassungen an den Klimawandel vorgenommen werden, damit sich die Region nachhaltig entwickeln kann. Dazu gehört beispielsweise, dass regionale Grünzüge und klimarelevante Flächen erhalten bleiben müssen. Ziel muss eine hinreichende Durchlüftung der Siedlungsbereiche sein. Weiterhin wollen wir den immer größeren Kiesabbau und damit einhergehenden Verlust von Wald und landwirtschaftlichen Flächen verhindern. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplanes sind einzuhalten, wie beispielsweise die Einhaltung der Dichtevorgabe zur Minimierung des Flächenverbrauches sowie die Abstandsregelung zu Hochspannungsfreileitungen.

Das Projekt „Großer Frankfurter Bogen“ der GRÜNEN in der Landesregierung hat zum Ziel, die Siedlungsentwicklung für Wohnen so zu steuern, dass sie wenig Individualverkehr erzeugt. Für Kommunen, von denen aus die Metropole Frankfurt in 30 Minuten mit dem ÖPNV erreichbar ist, wurde ein Lan-

des-Förderprogramm zum Wohnungsbau aufgelegt.

Optimierung der Verwaltung als erster Schritt

Die Zusammenlegung von Standesämtern, Ordnungsbehörden oder Vergabestellen für öffentliche Aufträge - wie sie von wenigen kreisangehörigen Kommunen bereits praktiziert wird - ist dazu ein erster Schritt. Dazu gehören auch eine zeitgemäße Organisation der Arbeitsabläufe, die Nutzung der digitalen Möglichkeiten und eine vernetzte technische Ausstattung.

Unter interkommunaler Zusammenarbeit verstehen wir einerseits die Formulierung und Verfolgung gemeinsamer Ziele, sowie andererseits den Verzicht auf kirchturmbezogenes Konkurrenzdenken zugunsten des Weitblicks über bestehende Grenzen hinaus. Die Ausweisung gemeinsamer Gewerbegebiete aber auch die Zusammenarbeit der Kommunen zur Stärkung ihrer zentralörtlichen Bedeutung sehen wir hierbei als wichtigen Schritt.

Radwegeverbindung verbessern

Um die Verkehrswende zu erreichen, müssen umweltfreundliche Verkehrsarten wie das Radfahren gestärkt werden. Deshalb setzen wir uns für den Bau einer Radschnellverbindung von Darmstadt in die Region Mannheim/Heidelberg in enger Abstimmung mit den Kommunen ein.

Die Trassenführung muss so erfolgen, dass sie für zügiges Radfahren geeignet ist.

Konzeption für Flächen für Rechenzentren entwickeln

Durch die Zunahme der Digitalisierung steigt der Bedarf an Rechenzentren. Dies geht mit einem enormen Flächen- und Energiebedarf einher. Der Betrieb der Rechner verbraucht viel Strom und erzeugt Wärme, die wieder unter hohem Energieeinsatz gekühlt werden muss. Deshalb sollen aus Gründen der Ressourceneffizienz Potenziale zur Abwärmenutzung und zur umweltschonenden Kühlung Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus muss eine Steuerung erfolgen, damit die Rechenzentren nicht allerorts wie Pilze aus dem Boden schießen, sondern dafür möglichst Flächen innerhalb der bestehenden Siedlungen und Synergien im Betrieb genutzt werden. Um diese Ziele zu erreichen, ist es notwendig, dass für den Regionalplan ein Konzept erarbeitet wird, das festlegt unter welchen Voraussetzungen Rechenzentren erstellt werden dürfen und das für die Kommunen verbindlich sein muss.

Konzeption für Flächen für Logistikzentren entwickeln

Hinsichtlich Logistikzentren zeigt sich eine ähnliche Problematik, sie werden an vielen Stellen gebaut und sind Ursache für die Versiegelung von riesigen Flächen durch den Bau der Zentren selbst und die damit verbundenen Bedarfe für Straßen, Zuwegung und Rangierflächen. Auch hierfür muss ein Konzept erstellt werden, das festlegt, dass Logistikzentren nur entlang bereits bestehender - wenn möglich schienengebundener - Verkehrsinfrastruktur und in Verbindung mit Kompensationsmaßnahmen erlaubt werden.

Ausweisung von Flächen für regenerative Energien

Nur wenn die Energie künftig fast ausschließlich regenerativ erzeugt wird, können wir den CO₂-Ausstoß ausreichend reduzieren, um den Klimawandel einzudämmen. Eine wichtige Technologie ist hierbei die Erzeugung von Strom mit Hilfe von Windkraft. Um dies zu ermöglichen, müssen ausreichend geeignete Flächen für die Anlage von Windparks zügig ausgewiesen werden. Wir wollen uns auch künftig dafür einsetzen, dass dies in größerem Maße als bisher im Entwurf zum Teilplan erneuerbare Energien in Südhessen möglich ist.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

DARMSTADT-DIEBURG



Kontakt & V.i.S.d.P.:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Kreisverband Darmstadt-Dieburg
Kreisgeschäftsstelle
Darmstädter Straße 1
64397 Modautal
Tel.: 06167 913579
E-Mail: kv@gruene-dadi.de

www.gruene-dadi.de
